

Wie entsteht

Zusammenhalt?

**Perspektiven aus der
Dortmunder Stadtgesellschaft**

Kevin Brandt · Gerrit Tiefenthal · Tatiana Zimenkova

Kevin Brandt • Gerrit Tiefenthal • Tatiana Zimenkova

Wie entsteht Zusammenhalt?

Perspektiven aus der
Dortmunder Stadtgesellschaft

IMPRESSUM

Wie entsteht Zusammenhalt? Perspektiven aus der Dortmunder Stadtgesellschaft

Herausgeberin:

Hochschule Rhein-Waal
Fakultät für Gesellschaft und Ökonomie
Marie-Curie-Straße 1
47533 Kleve

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Die in der Broschüre dargestellten Ergebnisse wurden im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojekts „ZuNaMi“ generiert.

Kooperationsverbund von ZuNaMi



Projekthomepage: <https://zusammenhalt-dortmund.de>

Design:

Isabella Marohn
www.marohn.de

Druck:

copythek
Ruhrallee 46
44139 Dortmund

Auflage:

500 Stück

Zitiervorschlag:

Brandt, K.; Tiefenthal, G.; Zimenkova, T. (2021): „Wie entsteht Zusammenhalt? Perspektiven aus der Dortmunder Stadtgesellschaft“. OPUS Publikationsserver der Hochschule Rhein-Waal.
URN: [urn:nbn:de:hbz:1383-opus4-7907](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:1383-opus4-7907)

URL: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:1383-opus4-7907>



CC BY-NC-ND – Creative-Commons-Lizenz: Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, keine Bearbeitungen. Der Urheber/die Urheberin räumt jedem Interessierten das Recht ein, sein Werk zu vervielfältigen und zu verbreiten. Der Inhalt darf nicht kommerziell genutzt und nicht verändert veröffentlicht werden. Jegliche Nutzung darf nur unter der Bedingung erfolgen, dass der Name des Urhebers/der Urheberin genannt wird.

First Edition

Kleve 2021



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der Autor*innen.....	5
1. Einleitung - Fragen und Suchen nach Zusammenhalt	6
2. Das Praxis-Forschungsprojekt ZuNaMi	8
1. Teil - Was heißt bzw. ist eigentlich ‚Zusammenhalt‘?	12
3. Aushandlung kontroverser Ausprägungsformen.....	13
3.1 Familie als ‚natürlicher‘ Hort des Zusammenhalts?.....	14
3.2 Solidarität als bedingungslose Form des Zusammenhalts?	17
4. Verfassungspatriotismus als Grundlage für Zusammenhalt?	20
4.1 Das ‚Emotionale‘ im Zusammenhalt.....	22
4.2 Strukturelle Sicherung von Zusammenhalt durch ‚rationale‘ Institutionen.....	25
5. Zusammenhalt als - und im - Prozess	27
2. Teil - Formen und Ebenen des prozeduralen Verständnisses von Zusammenhalt.....	33
6. Zusammenhalt als Prozess	33
6.1 Prozedurale Aushandlung von Zusammenhalt innerhalb eines Kollektivs	33
6.2 Prozedurale Aushandlung von Zusammenhalt über Gruppengrenzen hinaus.....	36
6.3 Inklusiv und barrierefrei gestalteter Diskurs als stetige Form von Zusammenhalt.....	42
3. Teil - Herausforderungen, Probleme und Barrieren des Zusammenhalts	44
7. Multiple Formen sozialer Ungleichheit als Hemmnis für Zusammenhalt	44
7.1 Kapitalistische Verwertungslogik	44
7.2 Physische und mentale Grenzziehungen durch Segregation	48
7.3 Bildungseinrichtungen als Problem- und Chancenräume	53
7.3.1 Schule als Chancenraum.....	55
7.3.2 Schule als Problemraum	58
8. Schlusswort.....	61
Über die Autor*innen	62

VORWORT DER AUTOR*INNEN

In der vorliegenden Broschüre sprechen nicht die Forscher*innen aus ihrer sozialwissenschaftlichen Perspektive über *Zusammenhalt*. Ziel ist es nicht, Zusammenhalt als Begriff theoretisch zu definieren. Auch soll hier seitens der Forscher*innen kein fester Katalog von Eigenschaften oder Charakteristika erarbeitet werden, die den Begriff ausmachen. Denn Zusammenhalt ist, wie sich im Laufe der Broschüre herausstellen wird, etwas, was in erster Linie von Bürger*innen in einer Gesellschaft erlebt, gelebt, verhandelt, entwickelt und geschaffen wird. Demnach sind es hier auch die Bürger*innen, genauer gesagt Bürger*innen der Stadt Dortmund, die primär zu Wort kommen werden. Denn es sind die Dortmunder*innen, die bezüglich der Frage nach Zusammenhalt in ihrer Stadt über eine ausgewiesene Expertise verfügen. Daher beruhen die hier dargestellten Forschungsergebnisse auf der Analyse von konkreten Aussagen, Diskussionen und Verhandlungen, die von Dortmunder*innen innerhalb von Gruppenwerkstätten getätigt wurden. Anhand der Stimmen aus Dortmund soll dargestellt werden, wie Zusammenhalt sowohl diskutiert als auch ausgehandelt wird und welche Implikationen diese Aushandlungen für die gemeinsame Gestaltung des Lebens in Dortmund haben können (oder sollen). Da insgesamt dreiundvierzig Dortmunder*innen an den sechs Gruppenwerkstätten teilgenommen haben, sollen in der vorliegenden Broschüre *Perspektiven* aus der Dortmunder Stadtgesellschaft dargestellt werden. Demnach erheben die Autor*innen bei den dargestellten Ergebnissen keinen Anspruch auf Repräsentativität, wenngleich aber aufgezeigt werden kann, wie heterogene Akteur*innen der Stadt Zusammenhalt miteinander erleben und schaffen (können).

Die Ergebnisdarstellung wird daher stets durch die Heranziehung von direkten Zitaten begleitet. Hierbei werden die Teilnehmer*innen aus datenschutzrechtlichen Gründen anonymisiert. Auch darüber hinaus versichern die Autor*innen, dass in dieser Broschüre keinerlei Informationen oder Daten enthalten sind, die einen Rückschluss auf die Identität der Teilnehmer*innen der Gruppenwerkstätten zulassen. Dem begrenzten Umfang der Broschüre geschuldet, haben sich die Autor*innen bei der Zitation vorbehalten, besonders lange Zitate zu kürzen und dies an den jeweiligen Stellen kenntlich zu machen. Die Zitate sind wörtlich gemäß einer einfachen Transkription wiedergegeben, d.h. es handelt sich hierbei um die Verschriftlichung des Gesagten. Etwaige sprachliche Aspekte wie beispielsweise grammatikalische Fehler im gesprochenen Satz wurden nicht nachträglich durch die Forscher*innen korrigiert, da die Aussagen authentisch abgebildet werden sollen, ebenso, wie sie in den Werkstätten durch die Teilnehmer*innen gehört und miteinander diskutiert wurden.

Für weiterführendes Interesse werden parallel hierzu die dargestellten Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt von visuell abgegrenzten, fachwissenschaftlichen Informationen begleitet. Auf diesem Wege möchten wir den Leser*innen zu den zentralen Gegenständen, die von den Dortmunder*innen in den Gruppenwerkstätten verhandelt werden (z.B. Solidarität, Segregation oder Kapitalismus), eine kurze fachwissenschaftliche Reflektion zur Seite stellen.

1. EINLEITUNG - FRAGEN UND SUCHEN NACH ZUSAMMENHALT

Wie steht es um den Zusammenhalt in der Gesellschaft? Wie wollen wir miteinander leben? Und wer sind ‚Wir‘ überhaupt? Diese und ähnliche Fragen bestimmen seit einigen Jahren die Diskussionsrunden in Politsendungen, im Feuilleton und an den Stamm- und Abendbrottischen der Republik. Auf Wahlplakaten quer durch die Parteienlandschaft werden Begriffe wie ‚Miteinander‘ oder ‚Zusammenhalt‘ quasi als Wahlversprechen gehandelt. Ferner wird Zusammenhalt angesichts der gegenwärtigen COVID-19-Pandemie als eine Art wertvolle, zu vermehrende Ressource gehandelt, auf die eine Gesellschaft vor allem in Krisenzeiten zurückgreifen kann. *Die Zeit* ist nur eine von vielen Wochen- und Tageszeitungen, welche unter Titeln wie „Solidarität ist ansteckend“ die Stabilität des Zusammenhalts in Zeiten einer weltweiten Pandemie erörtern.

Dass ein solches Fragen und Suchen nach Zusammenhalt omnipräsent und in der Mitte des gesellschaftlichen Diskurses verankert zu sein scheint, muss als Hinweis gewertet werden, dass etwas vorher Selbstverständliches fraglich und unsicher geworden ist. Als Gründe für diese Unsicherheit lassen sich unter anderem die Finanz- und Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte, die ungleiche Verteilung von Geld und Gütern, ungeklärte Fragen bezüglich einer europäischen Migrationspolitik oder Demokratiedefizite der Europäischen Union nennen. Der Rechtsruck, den nahezu alle westlichen Länder in den vergangenen Jahren erlebt haben, kann als direkte Reaktion auf diese Krisenphänomene verstanden werden. Denn wo wirtschafts-, sozial- und sicherheitspolitische Ängste und Unsicherheiten herrschen, folgen Desintegration, soziale Ausgrenzung und politische Polarisierung, die sich in zunehmend exkludierenden identitätspolitischen Programmatiken ausdrücken können.

Doch wie könnte diesen Krisen nun konkret durch ein Phänomen wie Zusammenhalt begegnet werden? Denn in einem ersten Schritt scheint sich doch eine zentrale Frage aufzudrängen: *Was ist bzw. bedeutet* überhaupt Zusammenhalt? Was heißt es folglich, wenn ein ‚Mehr‘ an Zusammenhalt gefordert wird oder von einem ‚schwindenden‘ Zusammenhalt die Rede ist? Es scheint, als brauche es hierfür eine feste Definition des Begriffs sowie einheitliche Parameter, um beispielsweise feststellen oder gar messen zu können, ob ein etwaiger Zusammenhalt ‚wächst‘ oder ‚schwindet‘. Sicherlich geschieht dies vor allem in der Fachwissenschaft anhand der Konstruktion von Arbeitsbegriffen, Modellierungen sowie damit einhergehenden festen Messgrößen. Jedoch scheint es diesbezüglich keinen Konsens zu geben, da sich die einzelnen fachwissenschaftlichen Zugänge und Ansätze unterscheiden. Und auch jenseits der Fragen nach einer klaren Definition oder Messbarkeit des Betrachtungsgegenstands können weitere Frage formuliert werden: Welchen, beziehungsweise welche Form eines Zusammenhalts gilt es zu betrachten, wenn dieser als gesellschaftlich wünschenswert erachtet wird? Was heißt es eigentlich, wenn etwa die Bundesregierung davon spricht, dass Zusammenhalt gestärkt

werden müsse? Und letztlich ganz zentral: Wer stellt einen angestrebten Zusammenhalt, wie auch immer dieser beschaffen sein mag, her? Wird dieser durch die Politik bzw. politische Entscheidungen und Entscheidungsträger*innen hergestellt? Sieht sich hier die Fachwissenschaft, wie etwa die Sozial- und Geisteswissenschaft, als zentrale Instanz? Oder sind es die Bürger*innen selbst, die hier als maßgebende und entscheidende Akteur*innen auftreten? Letzteres gilt als zentraler Ansatzpunkt des durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts *ZuNaMi* (*ZusammenhaltsNarrative Miteinander* erarbeiten), auf dessen Forschungsergebnissen die vorliegende Broschüre basiert.

Bei dem Projektstandort Dortmund handelt es sich um eine urbane heterogene Stadtgesellschaft, die mit ihrer Lage im größten Ballungsraum und Zentrum Europas und ihrer Geschichte als klassische Einwanderungsstadt auf eine lange Tradition sowie Erfahrungen des Miteinanders in der Verschiedenheit zurückblickt. Gleichsam gilt Dortmund aber auch als Stadt, die sich (auch durch den Strukturwandel bedingt) zunehmend mit den eingangs erwähnten Herausforderungen in Form von sozialer Desintegration, sozialen Ungleichheitsstrukturen sowie sozio-räumlicher Segregation konfrontiert sieht. Vor diesem Hintergrund zielt *ZuNaMi* darauf, den beschriebenen Herausforderungen zu begegnen und neue Ansätze für einen resilienten Zusammenhalt im 21. Jahrhundert zu erörtern. Dies geschah in enger Zusammenarbeit mit den zentralen Akteur*innen, die für eine Verhandlung, Gestaltung und Umsetzung von Zusammenhalt in einem urbanen Raum wie Dortmund verantwortlich sind: Mit den Bürger*innen der Stadt Dortmund.

Im nächsten Abschnitt soll *ZuNaMi* daher bezüglich des Forschungsansatzes, Forschungsdesigns, der Methodik und den grundlegenden Überlegungen sowie Zielen skizziert werden.

2. Das Praxis-Forschungsprojekt ZuNaMi

Die erste Prämisse des Forschungsprojektes ZuNaMi ist die Annahme, dass in erster Linie die Bürger*innen als Expert*innen und gleichsam zentrale Akteur*innen des Zusammenhalts ‚ihrer‘ Stadt zu sehen sind. Die grundlegenden Fragen, die gemeinsam während des Projektverlaufes beantwortet werden sollten, lauteten:

- Was ist überhaupt unter dem Begriff ‚Zusammenhalt‘ zu verstehen?
- Wo wird er sichtbar?
- Welche gesellschaftlichen Akteur*innen stellen diesen eigentlich her?
- Was braucht es, um eine wünschenswerte Form des Zusammenhalts zu fördern?

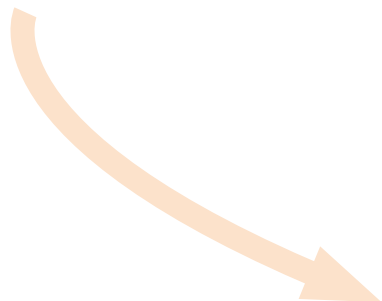
Eine weitere zentrale Überlegung hinsichtlich des Forschungsdesigns des Projektes bestand darin, inklusive und offene Kommunikationsräume als grundlegende Voraussetzung zu schaffen, in denen diese Fragen beantwortet werden können. Gemeinsam geteilte Foren dieser Art wurden so gestaltet, dass sie durch die Bürger*innen selbst erschlossen und moderiert werden konnten, um über ein wünschenswertes Zusammenleben in ihrer Stadt zu beraten. In diesem Sinne wurde das Format der Gruppenwerkstatt gewählt, welches durch theoretische Reflexion sowie anhand mehrerer Test- und Justierungsphasen eigens für das Forschungsvorhaben designt wurde. Innerhalb dieser Gruppenwerkstätten wurden Bürger*innen der Stadt Dortmund dazu eingeladen, miteinander über ihre Vorstellungen eines gesellschaftlichen Zusammenhalts in einer vielfältigen und inklusiven Stadtgemeinschaft zu sprechen, wodurch sie selbst zu den wichtigsten Akteur*innen des Projekts wurden.

Die Zusammensetzung dieser Gruppenwerkstätten erfolgte systematisch unter der Berücksichtigung der räumlichen Segregation in Dortmund mit der Zielstellung, möglichst heterogene Gruppen zusammenzubringen, welche sich unter normalen Umständen vielleicht nie begegnet wären. Demnach kamen Menschen aus allen Stadtteilen miteinander ins Gespräch, um sich gemeinsam über ein besseres Zusammenleben in Dortmund auszutauschen. Hierbei wurde seitens ZuNaMi die Annahme verfolgt, dass die Teilnehmenden der Gruppenwerkstätten trotz aller Unterschiedlichkeiten ein gemeinsames Verständnis von Zusammenhalt im urbanen Raum entwickeln können. Für die wissenschaftliche Weiterverwertung der durchgeführten Werkstätten wurden die Diskussionen der Teilnehmer*innen in Bild und Ton aufgezeichnet sowie im Anschluss durch das Forschungsteam transkribiert. Die auf dieser Basis gewonnenen Rohdaten wurden in einem aufwändigen Folgeschritt sequenzanalytisch aufgearbeitet (orientiert am Verfahren der Objektiven Hermeneutik nach Ulrich Oevermann), um vorfindliche Narrative des Zusammenhalts zu rekonstruieren, die anhand der Dynamik ihrer Aushandlung in den Gruppen erst sichtbar werden. Die Erhebungs- und Analysemethode (o.g. sequenzanalytische Erfassung der dynamischen Prozesse in den Gruppenwerkstätten) basiert darauf,

dass die zu analysierenden Daten ohne vorangegangene Erwartungen, Vorannahmen oder einen geschlossenen Theorierahmen der Forscher*innen erschlossen werden. Vielmehr beobachten die Forscher*innen die Eigendynamiken der Aushandlungen von Zusammenhalt in einer heterogenen Gruppe, um z.B. gemeinsame Erfahrungen, gemeinsame Nenner aber auch Konfliktlinien bezüglich des Zusammenhalts, die in einer Stadtgesellschaft (offen oder implizit) existieren, zu begreifen. Folglich wurde die Rolle der Forscher*innen (als Moderator*innen) innerhalb der einzelnen Werkstätten bewusst auf Instruktionen beschränkt, sodass die restliche Gestaltung sowie die herausgearbeiteten Ergebnisse gänzlich durch die Teilnehmenden bestimmt wurden.

In einem Folgeschritt wurden die von den Dortmunder Bürger*innen verhandelten Narrative des Zusammenhalts mit Expert*innen der politischen Bildungsarbeit diskutiert. Hierzu untersuchten die Expert*innen anhand ihres Professionswissens, inwieweit diese Narrative in Konzepte der politischen Bildung überführt werden könnten. Dies erfolgte auf Grundlage der individuellen Erfahrungen der Bildner*innen in Bildungsinstitutionen sowie ihrer fachlichen und didaktischen Expertise in der beruflichen Praxis.

Die für die Broschüre aufgearbeiteten Projektergebnisse beziehen sich in den folgenden Kapiteln auf die Gruppenwerkstätten mit Dortmunder Bürger*innen, also auf die erste Projektphase von ZuNaMi. Informationen über den vollständigen Projekttablauf sowie über die am Projekt beteiligten Partner*innen können den folgenden Skizzen entnommen werden:



Projektkonzeption ZuNaMi

Ziel

Zusammenhaltsnarrative für offene und inklusive Gesellschaft entdecken/generieren und in Konzepte politischer Bildung integrieren

Wie?

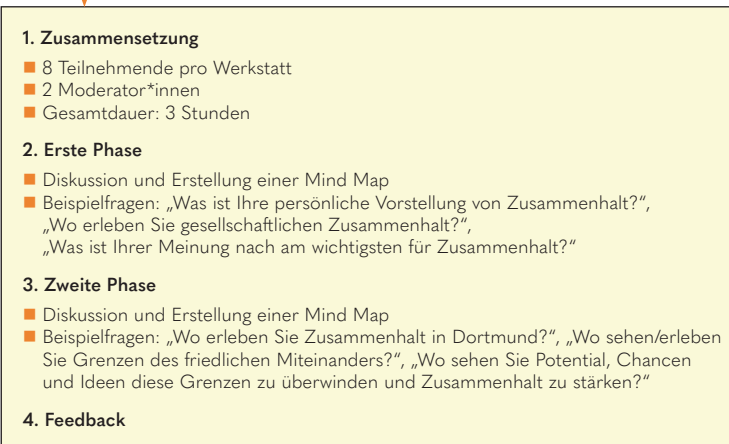
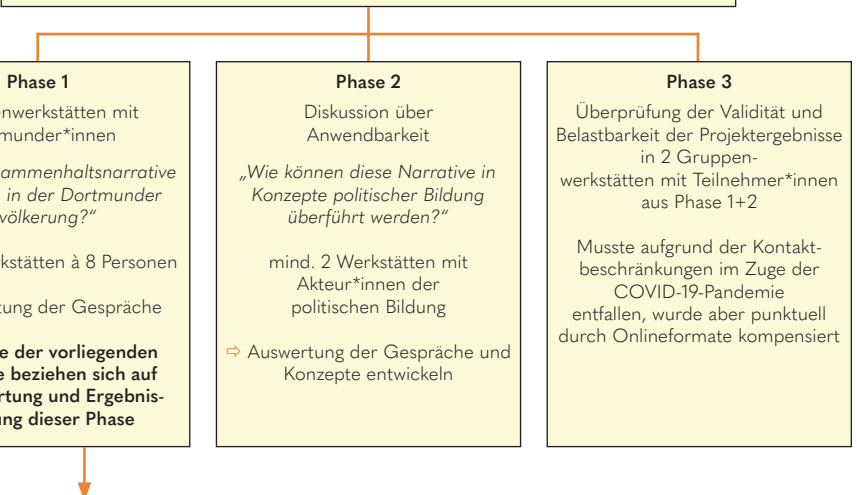
- Werkstätten mit verschiedenen Gruppen über eine Projektdauer von drei Jahren (2018-2021) durchführen und analysieren
- Ergebnisse spiegeln und diskutieren
- Konzepte politischer Bildung generieren

Wer?

- Hochschule Rhein-Waal (Qualitative Narrationsforschung)
- WWU Münster (Fachdidaktische Forschung)
- Auslandsgesellschaft (Praxispartner in politischer und interkultureller Bildung)

Wo?

Projektstandort: Dortmund



ZuNaMi wurde innerhalb der Förderlinie „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“ im Rahmen des Forschungsprogramms „Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Kooperationsverbund von ZuNaMi

Verbundkoordination: Frau Professorin Dr. Andrea Szukala, Westfälische Wilhelms-Universität Münster/Institut für Soziologie. Professur Fachdidaktik der Sozialwissenschaften

Educational Governance für politische Bildung und fachdidaktische Wissensforschung. Unterrichtsentwicklung und Materialentwicklung (Projekte der Bundeszentrale für Politische Bildung); Sprachensible Schulentwicklung (Stiftung MERCATOR, Projektleitung Phase 2); Implementationsstrategien von Change-Konzepten; Internationale Kooperationen.

Wissenschaftliche Mitarbeiter*in: Frau Katarina Marej

Verbundpartnerin: Hochschule Rhein-Waal, vertreten durch Frau Professorin Dr. Tatiana Zimenkova, Vizepräsidentin für Internationales und Diversität

Frau Prof. Dr. Tatiana Zimenkova, Professorin für Soziologie an der Fakultät für Gesellschaft und Ökonomie sowie Vizepräsidentin für Internationales und Diversität an der Hochschule Rhein-Waal. Schwerpunkte: Diversitäts- und Teilhabeforschung, Differenzlinien in der politischen Bildung, Methodenspezialisierung für Gruppendiskussion, *Grounded Theory* und Sequenzanalyse, inklusive Moderationstechniken, internationale Kooperationen.

Wissenschaftliche Mitarbeiter*in: Herr Kevin Brandt

Praxispartner: Auslandsgesellschaft.de e.V. (AGNRW, gegr. 1949, 22 Mitarb.) in Dortmund, vertreten durch Herrn Dr. Kai Pfundheller, Leiter des Instituts für politische Bildung

Vernetzungsgrad im Feld der (kosmo-)politischen Bildung in und mit der Stadt Dortmund/Zivilgesellschaft und Politik; neuer Fokus auf Bildungsprozessen für eine lokal inklusive und international vernetzte Stadtgesellschaft (Bürgerforum „Nord-Süd“, „Dortmund all-inclusive“); Bedarf an wissenschaftlicher Begleitung bei nachhaltigem konzeptionellen Transformationsprozess.

Wissenschaftliche Mitarbeiter*in: Herr Gerrit Tiefenthal

Weiterführende Informationen über die erfolge Forschungsarbeit sowie eine Auflistung der aus dem Projekt entstandenen Publikationen können der projekteigenen Website entnommen werden: <https://zusammenhalt-dortmund.de/>

1. TEIL - WAS HEISST BZW. IST EIGENTLICH ‚ZUSAMMENHALT‘?

Was heißt, beziehungsweise ist eigentlich Zusammenhalt? Als erste Annäherung an die, wie sich herausstellen wird, recht komplexe Fragestellung, wurden die Teilnehmenden zu Beginn jeder Gruppenwerkstatt nach ihren Vorstellungen zum Begriff des Zusammenhalts gefragt. Angesichts der landläufig fast durchweg positiven Konnotation dieses Begriffs, wirkt es zunächst kaum verwunderlich, dass auch bei den Teilnehmenden ein größtenteils positiv besetztes Bild von Zusammenhalt gezeichnet wurde. Dabei reichten die mit diesem Begriff verbundenen Assoziationen über sportliche Ereignisse (z.B. Zusammenhalt innerhalb einer Mannschaft oder der Stadionbesuch zu Spielen des lokalen Bundesligavereins Borussia Dortmund), über Freundschaften bis hin zu ehrenamtlichen Tätigkeiten (z.B. Die Dortmunder Tafel), welche beispielhaft für ein gesellschaftlich gelungenes Miteinander und Fürsorge gesehen wurden. Ausgehend von diesen, in erster Linie positiven Assoziationen wurde gleich zu Beginn der Diskussionen ein erstes, scheinbar offensichtliches Merkmal von Zusammenhalt betont: *Zusammenhalt, egal wie dieser ausgestaltet ist, kann nicht für sich alleine gelebt und erfahren werden.* Es braucht eine (wie auch immer beschaffene) Gruppe, innerhalb welcher Zusammenhalt entsteht bzw. der eine Gruppe entstehen lässt.

Im weiteren Diskussionsverlauf stellte sich zunehmend heraus, dass es in Anbetracht der gesellschaftlichen sowie politischen Bestrebung und Forderung nach einem ‚Mehr‘ an Zusammenhalt sinnvoll erscheint, einen Schritt zurück zu gehen und sich die Frage zu stellen, warum dieses ‚Mehr‘ überhaupt als etwas Positives zu werten ist. Diese Frage ist, wie sich innerhalb der Werkstätten zeigte, keineswegs von trivialer Natur. Denn wie die Teilnehmenden feststellten, sollte Zusammenhalt in erster Linie als *neutraler Begriff* verstanden werden, der das Potential besitzt, sowohl eine positive als auch eine negative Ausgestaltung zu erfahren. So wird ein sehr starker Zusammenhalt beispielsweise auch in extremistischen Gruppierungen, seien sie religiöser oder politischer Natur, verortet:

*Hans*1: „[...] und auf einmal sind sie Teil einer rechten oder linksextremen Gruppierung, die ja extrem für Zusammenhalt steht. Also da wird ja gar nicht mehr nach links und rechts geguckt, sondern es wird zusammengehalten.“ [GW 2]²*

*Claudia*2: „[...] Die extreme Form sind Sekten, die kriegen glaube ich ganz viel von dieser Gemeinschaft, aber da ist ja ganz offensichtlich, die müssen echt viel geben. Manchmal in Form von Geld, aber Solidarität uneingeschränkt bis hin quasi zu ihrem Leben. Selbstaufgabe.“ [GW 4]*

Zusammenhalt ist also kein Idealzustand an sich. Vielmehr scheinen wünschenswerte oder aber auch problematische Formen von Zusammenhalt an Bedingungen geknüpft zu sein, die die Qualität des Zusammenhalts eines bestimmten Kollektivs ausmachen. Es scheint also Kriterien zu geben, die darüber entscheiden, ob eine wünschenswerte Form von Zusammenhalt ge- und erlebt werden kann, oder ob sich Menschen in einem Gefüge wiederfinden, in welchem Zusammenhalt als Belastung oder gar Freiheitsbeschränkung angesehen wird.

3. Aushandlung kontroverser Ausprägungsformen

Die Feststellung, dass Zusammenhalt, egal ob wünschenswerter Art oder nicht, an bestimmte Bedingungen geknüpft ist, erscheint auf den ersten Blick selbstverständlich. Denn da Zusammenhalt nur in einem Kollektiv ge- und erlebt werden kann, ist das Vorhandensein gewisser Bedingungen stets impliziert. Schließlich basiert jegliche Form menschlicher Interaktion auf (sichtbaren oder unsichtbaren) Bedingungen in Form von (expliziten oder impliziten) Regeln. Folglich scheint angesichts dieser Bedingungen und Regeln auch immer die Balance zwischen individuellen Freiheiten, (Selbst)Beschränkungen und Zwang ein Teil zwischenmenschlicher Interaktion zu sein. Im Verlauf der Diskussionen stellten sich die Teilnehmenden dennoch die Frage, ob nicht auch Formen eines Zusammenhalts denkbar wären, die sich einer derartigen Zwickmühle entziehen - also eine Form des bedingungslosen Zusammenhalts. Diese Verhandlung hatte folgende Frage zur Grundlage: Berührt ein an Bedingungen und Regeln geknüpfter Zusammenhalt nicht zwangsläufig die individuelle Freiheit (oder gar die Rechte) von Einzelnen? Wäre eine bedingungslose Form von Zusammenhalt denkbar, die imstande wäre, eben dieses Dilemma zu lösen?

Innerhalb des Diskurses über einen bedingungslosen Zusammenhalt wurden in den Gruppenwerkstätten verschiedene Ansätze diskutiert. Zum *einen die Familie* als natürlicher Hort, in dem Zusammenhalt gelebt werden könne, ohne dass es hierfür irgendwelcher Bedingungen bedürfe. Zum *anderen* wurden verschiedene Formen von *Solidarität* als mögliche Anwärter einer wünschenswerten Form von Zusammenhalt verhandelt, da ein solidarisches Miteinander das Potential berge, eine bedingungslose Gestalt anzunehmen. Bei beiden Ansätzen handelt es sich, wie im Folgenden gezeigt werden soll, keineswegs um einen neuartigen Diskurs. So reicht die ideengeschichtliche Rahmung der *Familie* Jahrhunderte zurück, und auch *Solidarität* hat als Gegenstand eine lange Tradition in den Sozialwissenschaften. Daher soll zu beiden Vorschlägen eines möglicherweise bedingungslosen Zusammenhalts zunächst jeweils ein ideengeschichtlicher Exkurs erfolgen, bevor daran anschließend die Diskussionsergebnisse aus den Gruppenwerkstätten mit Dortmunder*innen ausgeführt werden.

¹ Wie in dem Vorwort der Autor*innen vermerkt, wurden sämtliche Namen der Teilnehmer*innen aus den Gruppenwerkstätten anonymisiert. Das [*] Zeichen macht an folgenden Stellen kenntlich, dass es sich bei den angegebenen Namen nicht um die Namen der Teilnehmer*innen aus den Werkstätten handelt.

² Der Vermerk [GW] verweist darauf, welcher der sechs Gruppenwerkstätten das vorliegende Zitat entnommen wurde.

3.1 Familie als ‚natürlicher‘ Hort des Zusammenhalts?

Fachwissenschaftlicher Exkurs

Die Vorstellung, dass menschliche Kollektive - egal ob eine kleine Horde oder eine Gesellschaft von Millionen - großen Familienkörpern ähneln, die von weisen Vätern geschützt, befohlen und beaufsichtigt werden, hat das politische Denken im Abendland über Jahrtausende geprägt. Das erste Mal erträumt wurde diese Vision einer wohlgeordneten, also homogenen wie harmonischen Gesellschaft von Platon. Um dieses Ziel zu verwirklichen, formuliert er eine der ersten Formen einer politischen Philosophie, die den Anspruch erhebt, zu wissen „was ist und was zu tun ist“ (Castoriadis, 1990:56). Dieses Wissen bildet die Grundlage einer ‚vollkommenen Gesellschaft‘, die er gegen die politische Wirklichkeit der attischen Demokratie, in der er lebte, zum Ideal erhebt. Denn das größte Problem dieser ‚Pöbelherrschaft‘ sei, dass sie eben jedem Bürger - natürlich ausgenommen der Frauen und Sklaven - erlaube bzw. ihm sogar gebiete, sich an den politischen Entscheidungen zu beteiligen. Diese politische Gleichfreiheit sei, so Platon, der hauptsächliche Grund für das Ende des ‚goldenen Zeitalters‘ Athens. In einer vollkommenen Gesellschaft, wie er sie ersinnt, verfügt dagegen allein eine Klasse von Philosophenkönigen über das Geschehen der Gesellschaft, was in einem ersten Schritt heißt, jedem Menschen einen ihm entsprechenden Platz in der Gesellschaft zuzuweisen, an dem er seinen Zweck für das Kollektiv erfüllt (vgl. Platon 2017).

Bis in die Moderne hinein orientierte sich politisches Denken im Abendland an dieser Vision Platons und verstand Gesellschaft als eine auf hierarchischen und vermeintlich natürlichen Rechten beruhenden Ordnung, in der jeder Mensch seinen - von Gott zugewiesenen - Platz einnimmt und dort seinen gesellschaftlichen Zweck zu erfüllen hatte. Mit der Aufklärung wurden zwar die vermeintlichen Natur- bzw. gottgegebenen Rechte, welche auf der monarchischen Gesellschaftsordnung und den damit verbundenen Privilegien von Adel und Klerus beruhten, zunehmend in Frage gestellt. Doch die familiären Ideale gesellschaftlichen Zusammenhaltes wie (Ur)Vertrauen, Geborgenheit/Aufgehoben-Sein und natürliche Zugehörigkeit blieben vielfach maßgebend für das politische und gesellschaftliche Denken der aufgeklärten Moderne. Wie das Zusammengehen von Vernunft als Kardinaltugend der Aufklärung und verstanden als freiwillige, rationale Entscheidung mit familiären, also ‚natürlichen‘ Werten funktioniert, zeigt sich bspw. bei Jean-Jacques Rousseau, der 1762 in seinem Gesellschaftsvertrag schreibt, dass „die Familie“ die „älteste aller Gemeinschaften und die einzige natürliche“ sei. Kinder seien zwar auf die Sorge der Eltern angewiesen, doch nachdem sie das Erwachsenenalter erreicht haben, erhielten sie, wie ebenso ihre Eltern, (wieder) ihre Unabhängigkeit. „Setzen sie die Gemeinschaft weiter fort, dann ist es keine naturgegebene, sondern eine freiwillige; die Familie besteht weiter auf Grund einer Übereinkunft“ (Rousseau, 1986:16). Familiärer Zusammenhalt ist diesem Verständnis nach sowohl natürlich, als auch durch ‚Übereinkunft‘ besiegelt, was auf gesellschaftlicher Ebene durch den

Gesellschaftsvertrag geschieht, der ‚brüderlich‘ miteinander geschlossen wird. Diese Idee von ‚Brüderlichkeit‘, verstanden als Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Natürlichkeit und Freiwilligkeit, war maßgebend für die europäische und im Besonderen die deutsche Nationalstaatswerdung im 19. Jahrhundert, wo sie sich in vaterländischen und schließlich völkischen Narrativen manifestierte. Seine folgenreichste Pervertierung erlebte dieser Gedanke in der nationalsozialistischen Vorstellung einer arisierten ‚Volksgemeinschaft‘ und der damit einhergehenden Zwangshomogenisierungen der Gesellschaft.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg haben familiär-naturrechtliche Narrative als Ausgangspunkt gesellschaftlichen Zusammenhaltes Bestand, was sich bspw. an der Unterscheidung von Volks- und Staatsangehörigkeiten festmacht, die den deutschen Diskurs um Zugehörigkeit bis heute bestimmen. Familiäre Werte und Ideen begegnen uns auch weiterhin in (christlich-)konservativen Kreisen, die in der Kern- bzw. Kleinfamilie die kleinste Einheit, die ‚Keimzelle‘ der großen Familie namens Gesellschaft sehen. Dass diese Vorstellungen oftmals mit Ideen von vermeintlich natürlichen Hierarchien (Mann vor Frau, Eltern vor Kindern) verbunden sind, ist eines der grundlegenden Probleme, die solche Narrative für ein inklusives demokratisches Miteinander kaum anschlussfähig machen.

Was dieser Parforceritt durch die Ideengeschichte familiärer Narrative gesellschaftlichen Zusammenhaltes zeigt, ist, dass Ideen dieser Art Phänomene wie Zusammenhalt und Zugehörigkeit vor allem aus einer emotional-affektiven Perspektive sehen. Ein damit vielfach einhergehender Glaube an notwendige und („natürlich“) gerechtfertigte Hierarchien sowie Exklusionsmechanismen, sind Probleme solcher Zusammenhaltsnarrative, die zentrale Behandlung innerhalb der Werkstätten fanden.

Literaturvorschlag

Castoriadis, Cornelius (1990) - *Das Gebot der Revolution*, in: Rödel, Ulrich - *Autonome und libertäre Demokratie*, S. 54-88, Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Platon (2017) - *Der Staat*, Reclam, Stuttgart.

Rousseau, Jean Jacques (1986) - *Vom Gesellschaftsvertrag*, Reclam, Stuttgart.

Zeppelius, Reinhold (2003) - *Geschichte der Staatsideen*, Beck, München.

Aushandlung in den Werkstätten

Ahmed*: „Familie ist einfach der Kern, der ursprünglich, sage ich mal, des Zusammengehörigkeitsgefühls. [...]“ [GW 4]

Sarah*: „Bedingungsloser Zusammenhalt zum Beispiel in Form von, was ja oft in Familien vorkommt. Dass man eine gewisse Verwandtschaft miteinander hat. Dass man an den Zusammenhalt, oder, dass man zueinandersteht, keine Bedingungen geknüpft sind. Und in anderen Formen vielleicht, man eventuell keine familiären Verbindungen hat, dass da schon Bedingungen dran geknüpft sind.“ [GW 4]

Die diskursive Aushandlung des Familiären als mögliche Form eines bedingungslosen Zusammenhalts innerhalb der Werkstätten weist gewisse Parallelen zu den oben genannten Facetten aus dem Bereich der Ideengeschichte auf. So lassen die Zitate erkennen, dass die Familie als eine Art naturgegebene Instanz in Erscheinung tritt, in die ein bedingungsloser Zusammenhalt von sich aus ‚hineingewebt‘ ist. Zentral erscheint hier vor allem die Annahme, dass die natürliche Gestalt der Familie eine derartige Form des bedingungslosen Zusammenhalts mit sich bringt. Jedoch stoßen die Bürger*innen der Werkstätten innerhalb der Diskussion auf Widersprüche, da die Bedingungslosigkeit auch als möglicher Ausschluss aus der gesellschaftlichen Teilhabe gedeutet wird, oder aber die Familie hinsichtlich kultureller, traditioneller oder gruppenpezifischer Merkmale bzw. Zuschreibungen kontextualisiert wird:

Lydia*: „[...] Ich kenne auch viele Migranten. Das ist wirklich, es ist schlimm, dass die Töchter ausgestoßen werden und auch teilweise ihr Leben riskieren, weil sie den heiraten wollen oder sich scheiden lassen wollen, das ist schon was. [...]“ [GW 4]

Marc*: „[...] Aber ich kenne auch türkische Familien, die anders leben. [...] Ich glaube es kommt auf die Kultur, auf die Tradition, auf diese Gruppe, wo die Familie sich aufhält an.“ [GW4 - In Entgegnung an Lydia*]

Wo im Voraus die Familie als natürlicher Hort des bedingungslosen Zusammenhalts diskutiert wurde, ergeben sich hier im weiteren Gesprächsverlauf gerade diesbezüglich Widersprüche. So scheint die Instanz der Familie alleine nicht ausreichend zu sein, um bedingungslos zusammenzuhalten, sondern nur dann, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind. Und diese Bedingungen treten hier in Form einer bestimmten Staatsangehörigkeit und/oder Zugehörigkeit zu einem bestimmten ‚Kulturkreis‘ in Erscheinung. Ähnlich verhält es sich mit der Annahme, dass es innerhalb einer Familie keiner Abwägung von Vor- und Nachteilen für den Zusammenhalt bedarf, weshalb er bedingungslos sei:

Ahmed*: „*Bedingungsloser Zusammenhalt, dass man gar nicht erst darüber nachdenkt, was sind die Vor- und die Nachteile des Zusammenhaltes. [...]*“
[GW4]

Hier tritt die Abwesenheit einer ‚Kosten-Nutzen-Überlegung‘, welche im weiteren Verlauf der Broschüre genauer aufgegriffen wird, im familiären Zusammenhalt in den Vordergrund. Zusammenhalt weist hier folglich eine gewisse ‚Natürlichkeit‘ auf, welche einfach durch sich selbst gegeben ist, da sie nicht darauf beruht, dass sich die Akteur*innen etwaige Vorteile erhoffen. Dabei sind es doch gerade jene persönlich wahrgenommenen Aspekte und Vorzüge wie Rückhalt und Sicherheit, die auch als Argument für das Familiäre herangezogen werden:

Marcin*: „*[...]. Bei mir ist es immer am ehesten in der Familie. Wo ich weiß, an der Stelle, bedingungsloser Zusammenhalt, da kann ich mich drauf verlassen an der Stelle. Gibt mir ja auch in meinem Alltag, meiner Lebensführung eine gewisse Form von Rückhalt und Sicherheit an der Stelle. [...]*“ [GW 4]

Schlussendlich kann die Familie gewiss als Ort gesehen werden, an dem es Zusammenhalt geben kann. Jedoch lässt sich anhand der Diskussionen innerhalb der Gruppenwerkstätten kein geteiltes, einheitliches oder widerspruchsfreies Verständnis von Familie festhalten, aus dem die Familie als natürlicher Hort eines bedingungslosen Zusammenhalts hervorgeht. Letztlich scheint das Familienbild sehr individuell zu sein, also von Person zu Person unterschiedlich, auch in Hinblick darauf, mit welchen individuellen Erfahrungen man den Familienbegriff verknüpft.

Nachdem sich keine einheitliche Lesart nachweisen lässt, anhand der die Familie als Instanz eines bedingungslosen Zusammenhalts festgehalten werden kann, soll in einem Folgeschritt der Begriff der ‚Solidarität‘ einer ähnlichen Untersuchung unterzogen werden.

3.2 Solidarität als bedingungslose Form des Zusammenhalts?

Fachwissenschaftlicher Exkurs

Wenn familiäre Idealvorstellungen und Werte tendenziell eher in konservativen Gesellschaftsdiskursen zu finden sind, ist ‚Solidarität‘ der Kernbegriff linker und sozialdemokratischer Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenhalt. Zwar findet er auch in verschiedenen Ansätzen der christlichen Soziallehre Verwendung, doch die Bühne politischer Ideen betrat das Konzept ‚Solidarität‘ im heutigen Verständnis erst im Verlauf der Arbeits- und Gewerkschaftskämpfe des 19. Jahrhunderts, verewigt in Kampfansagen gegen die kapitalistischen Ausbeuter: „Hoch die internationale Solidarität“ oder „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“. Wie der britische Regisseur Ken Loach treffend formuliert, war und ist „Solidarität die

schärfste Waffe im Kampf der Arbeiterklasse“. Es erklärt sich daher, warum diese Waffe seitdem von zahlreichen anderen Emanzipationsbewegungen, wie dem *civil rights-Movement*, der Frauenbewegung oder den LGBTQ-Protesten, in die Hand genommen wurde, um politische und soziale Rechte einzufordern.

Systematisch lassen sich zwei Formen von Solidarität unterscheiden, die in der Praxis jedoch zumeist vermischt auftreten: Solidarität als Zweck (an sich) und Solidarität als Mittel. Solidarität als Zweck herrscht in solchen Gruppen vor, in denen der Einzelne seine individuellen Interessen und sein Handeln unter diejenigen des Kollektivs, d.h. in den Dienst einer ‚größeren Sache‘, stellt. Individuelles Handeln wird vor allem am Zweck dieser Gruppe ausgerichtet. Auf dieser Logik basieren auch die angesprochenen Emanzipationsbewegungen, in denen sich Individuen auf ihr ‚Sein‘ als Arbeiter, Frau usw. ‚reduzieren‘, um ein gemeinsames Ziel (der Anerkennung, der Gleichberechtigung usw.) zu erreichen. Auch wenn gerade in solchen Formen des Zusammenschlusses die Stärke solidarischer Bewegungen steckt, kann eine solche Unterordnung des Individuums unter ein Kollektiv zu Zwängen und Exklusionsmechanismen gegenüber ‚Abtrünnigen‘ führen. Extrembeispiele solcher Fälle sind religiöse Sekten oder andere fundamentalistische Gruppierungen. Solchen Formen von Solidarität, die individuelles Interesse einem Kollektivzweck unterordnen, stehen Formen von Solidarität gegenüber bzw. beiseite, in denen Individuen ihre Beteiligung am Kollektiv vor allem, bzw. im schlimmsten Fall ausschließlich entlang ihrer eigenen Zwecke, d.h. ihrer eigenen Interessen abwägen. Diese Interessen können die Vermehrung von Wohlstand und Prestige oder, ganz basal, die Gewährleistung der eigenen Sicherheit, sein.

Ein Ideal solidarischen Verhaltens, das einen Mittelweg zwischen diesen beiden Formen bildet, formuliert Jürgen Habermas, wenn er schreibt, dass „wer sich solidarisch verhält“, bereit ist, kurzfristige individuelle Nachteile in Kauf zu nehmen, „im Vertrauen darauf, dass sich der andere in ähnlichen Situationen ebenso verhalten wird“ (Habermas 2017:48) und es in Zukunft zu einem allgemeinen - wie auch immer gearteten - Gewinn kommen wird. In der Realität stößt dieses Ideal einer ausgewogenen Solidarität, die zwischen beiden Extremformen verläuft, jedoch zumeist an seine Grenzen, wie auch im Verlauf der Diskussionen in den Werkstätten immer wieder betont wurde.

Literaturvorschlag

Brunkhorst, Hauke (2002) - *Solidarität: Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Bude, Heinz (2019) - *Solidarität: Die Zukunft einer großen Idee*, Carl Hanser Verlag, München.

Habermas, Jürgen (2017) - *Europa neu denken*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4/2017, S. 41–54.

Aushandlung in den Werkstätten

Nikola*: „Ich meine im Zusammenhalt einer Gruppe kann es so sein, dass du aus einer Gruppe entfernt wirst. Dass Du also etwas tust, was den Zusammenhalt stört. Und du fliegst raus. [...]“ [GW 1]

Abermals lassen sich im dargestellten Diskurs der Dortmunder Bürger*innen einige Parallelen zu dem im Voraus angeschnittenen fachwissenschaftlichen Exkurs ziehen. So werden dem Solidaritätsbegriff in den Gruppenwerkstätten einige Eigenschaften zugesprochen, welche dem Konzept der ‚Solidarität als Zweck‘ durchaus nahekommen. Zum einen wird Solidarität innerhalb der Werkstätten in Gestalt einer breiten Akzeptanz sowie Unterstützung gemeinnütziger Zwecke diskutiert. Zusammenhalt in Form von Solidarität ergibt sich vor allem durch das Gefühl einer lokalen Verbundenheit. So treten hier gemeinwohlorientierte ‚lokale‘ Akteur*innen und Institutionen in den Vordergrund der Diskussion, wie etwa karitative Gemeindeeinrichtungen oder die ‚Dortmunder Tafel‘. Zum anderen wird auch argumentiert, dass Solidarität auf einem gemeinsam geteilten Erfahrungs- oder Leidenshorizont sowie Mitgefühl basieren könnte, also auf der ‚geistigen‘ Ebene einer Gemeinschaft:

Niklas*: „[...] Und ich erinnere mich auch zum Beispiel daran, dass eine Nachbarin von mir, die ist neunzig, sich plötzlich erinnerte an ihre eigene Fluchterfahrung. Und dann sagt: ‚Die haben nichts, genauso wie wir auch nichts gehabt haben. Und da müssen wir eigentlich jetzt was tun.‘ Und ich merke deutlich, dass also diese Form von Solidarität und Mitgefühl, die damals diese alte Dame entwickelt hat, mir sehr imponiert hat. [...]“ [GW 6]³

Solidarität scheint also sowohl auf ‚lokale‘ als auch auf ‚geistige‘ Komponenten zu verweisen. Doch das bereits erwähnte Dilemma vermag sich auch durch diese Begriffsrahmung nicht aufzulösen. So scheint ja zumindest eine ‚lokale‘ oder ‚geistig‘ geteilte Schnittmenge innerhalb einer Gemeinschaft selbst eine Voraussetzung (und somit Bedingung) für Solidarität darzustellen, womit sie nicht bedingungslos wäre. Ungeachtet dessen drängt sich die Frage auf, ob das etwaige Vorhandensein der o.g. Schnittmengen alleine dafür ausreicht, dass Akteur*innen innerhalb einer Gemeinschaft zwangsläufig und bedingungslos zusammenhalten. Provokant gefragt: Reicht beispielsweise der gemeinsam geteilte lokale Raum allein dafür aus, dass sich Menschen zu bestimmten Idealen gleichermaßen bekennen? Reichen etwa allein gemeinsam empfundene Missstände dafür aus, dass sich Akteur*innen untereinander bedingungslos solidarisieren? Ein solch dargestellter Automatismus wird auch durch die Teilnehmer*innen der Werkstätten kritisch hinterfragt und diskutiert. Jedoch könnten besagte Gemeinsamkeiten doch eine wertvolle Grundlage dafür

³ In dem vorliegenden Diskurs wurde der gesellschaftliche (und politische) Umgang mit Geflüchteten in Dortmund thematisiert.

sein, selbst im Falle von Differenzen eine bedingungslose Form des Zusammenhalts in Gestalt der Solidarität zu leben:

Hatice: „[...]Und dieses, ich sage mal, dieses Bedingungslose vielleicht eher mit dem Begriff der Solidarität ein bisschen besser zu umschreiben wäre, ja? Dass ich auch für etwas einstehe, was ich jetzt selber persönlich nicht vertrete unbedingt hundertprozentig. Ja? Aber trotzdem sage, Ok, wenn es alle wollen, dann mache ich da jetzt mit und blockiere es nicht.“ [GW 1]*

Dies vermag auf den ersten Blick durchaus plausibel zu erscheinen. Sicherlich dürfte es beispielsweise innerhalb von Familien, Freundeskreisen, Nachbarschaften oder Vereinen durchaus unterschiedliche Interessen oder auch Differenzen geben. Und ebenso gut denkbar ist, dass eine oder mehrere Akteur*innen innerhalb einer spezifischen Gemeinschaft entgegen der eigenen Interessen ‚solidarisch‘ und im Sinne der Gemeinschaft handeln. Problematisch scheinen aber dennoch zwei Aspekte zu sein: Wo verläuft die Grenze zwischen ‚Etwas selber nicht unbedingt vertreten, aber es trotzdem nicht blockieren‘ und dem Verzicht existentieller Bedürfnisse? Und was passiert, wenn sich Akteur*innen trotz ihrer Zugehörigkeit gegenüber der Gemeinschaft ‚unsolidarisch‘ verhalten indem sie nicht im Sinne des Gruppeninteresses handeln?

Schlussendlich verweisen auch diese Diskurse in direkter oder letzter Konsequenz auf multiple Bedingungen, welche der Solidarität zugrunde liegen, wodurch anhand des Solidaritätsbegriffs kein einheitlicher Entwurf eines bedingungslosen Zusammenhalts abgeleitet werden kann.

4. Verfassungspatriotismus als Grundlage für Zusammenhalt?

Neben den oben aufgeführten Diskursen über eine mögliche Form des bedingungslosen Zusammenhalts erscheint noch eine weitere Überlegung lohnenswert. Nämlich die Überlegung, ob ein wünschenswerter Zusammenhalt nicht aus einer gesellschaftlich übergreifenden Identifikation aller Bürger*innen mit dem Deutschen Grundgesetz, also der Verfassung, entstehen könnte. Im Vordergrund stünde hierbei die Bejahung demokratischer Grundwerte sowie demokratischer Institutionen und Verfahrensweisen, aus der ein ‚Wir-Gefühl‘ erwächst. Diese Überlegungen werden in der Regel im Diskurs über einen ‚Verfassungspatriotismus‘ geführt. Daher soll die Idee des Verfassungspatriotismus zunächst ideengeschichtlich und fachwissenschaftlich eingeordnet werden. In einem Folgeschritt wird dann dargestellt, inwieweit die Bürger*innen in den Werkstätten auf einen solchen Ansatz Bezug nehmen.

Fachwissenschaftlicher Exkurs

Das Konzept des Verfassungspatriotismus stellt eine Art bundesrepublikanische Besonderheit dar. Es wurde in den 1970ern von Dolf Sternberger präsentiert und

anschließend vor allem durch den Soziologen Jürgen Habermas gegen national-istische und national-liberale Vorstellungen von Zusammenhalt und Zugehörigkeit in Stellung gebracht. Dieser Ansatz versucht auf der einen Seite der Gefahr des Ausschlusses bestimmter Individuen und Gruppen auf Basis vermeintlich natürlicher oder anderer ideologischer Exklusionsmechanismen zu begegnen (s. Diskurse, die ein Nationalstaat als eine „natürliche“ Familie qua Geburt betrachten) sowie auf der anderen Seite zu verhindern, dass der Fokus auf den individuellen Nutzen der Individuen den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Dem Selbstanspruch nach, soll ein ‚Wir-Gefühl‘, also Zugehörigkeit und Zusammenhalt, nicht über ethnische, religiöse oder ähnliche Bedingungen erzeugt bzw. gesichert werden, sondern über den Weg der rationalen Bejahung der eigenen Verfassung - also des Grundgesetzes - und den dieser zugrunde liegenden und als universell angenommenen Werte. Und genau an dieser Stelle zeigen sich die zwei grundlegenden Probleme dieses Konzeptes: der Fokus auf Rationalität und die Behauptung von Universalität.

Ansätze eines Verfassungspatriotismus gehen davon aus, dass die deutsche (wie jede andere) Verfassung zwar das Produkt bestimmter historisch gewachsener Werte und Vorstellung ist und doch seien die ihr zugrundeliegenden Werte universell, d.h. eigentlich auf der ganzen Welt und für die ganze Menschheit gültig. Und dass dies so ist, könne auf rationalem, d.h. vernünftigem Wege von jedem nachvollzogen werden. Zum einen werden nicht-rationale, also bspw. emotionale oder nicht-logische Komponenten von gesellschaftlichem Zusammenhalt in diesem als technokratisch kritisierten Konzept weitestgehend ausgeklammert bzw. problematisiert. Zum anderen erweist sich vor allem die Behauptung einer rationalen Universalität und der Möglichkeit eines idealen Kommunikationsraumes, in welchem jede*r Teilnehmer*in durch einen „zwanglosen Zwang des besseren Argumentes“ von der vernünftigen, also allgemeinen Gültigkeit bestimmter Argumente überzeugt werden wird, als problematische, gar gefährliche Bedingungen für ein inklusives demokratisches Miteinander. Daher wird dieses Ideal eines Kommunikationsraumes und -prozesses, geleitet von einer allgemein-wahren Rationalität der Kommunikation, von zahlreichen Kritiker*innen als logo- bzw. eurozentrische „Professorengeburt“ zurückgewiesen, die in ihrer Vorstellung von politischen Debatten ein Ideal zeichnet, das in dieser Form nicht einmal - bzw. erst recht nicht - in Universtitätsseminaren zu finden ist. Eine weitere Kritik richtet sich gegen den institutionellen Fokus dieses Konzeptes, da es dazu tendiere, die Verfassung und den ‚Vater Staat‘, in ihrer Wichtigkeit für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Zugehörigkeit überzubetonen.

Literaturvorschlag

Habermas, Jürgen (1992) - *Staatsbürgerschaft und nationale Identität*, in: (ders.): *Faktizität und Geltung*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Müller, Jan-Werner (2007) - *Verfassungspatriotismus*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Aushandlung in den Werkstätten

Vorweg sei gesagt, dass Sinn und Zweck einer Verfassung für die Sicherung des gesellschaftlichen Miteinanders an keiner Stelle der Gruppenwerkstätten von den Teilnehmer*innen angezweifelt wurde. Ferner wird der demokratisch verfasste Staat als strukturelle Voraussetzung dafür gesehen, dass ein wünschenswerter gesellschaftlicher Zusammenhalt durch die Bürger*innen gestaltet werden kann. Jedoch kann die Annahme angesichts der Forschungsergebnisse nicht bestätigt werden, dass Zusammenhalt aus der Bejahung des Grundgesetzes, also aus einem Verfassungspatriotismus, entsteht. Diesbezüglich können zwei zentrale Gründe herangezogen werden. Zum einen wurde das Grundgesetz selbst in den Werkstätten nicht als Gegenstand in der Verhandlung darüber herangezogen, was Zusammenhalt eigentlich ist und wie er inhaltlich gestaltet werden könnte, da die Artikulationen des Zusammenhalts durch die Gruppendynamiken stattfanden. D.h. die Teilnehmer*innen diskutieren Zusammenhalt in Dortmund entlang ihrer lokalen Expertise als Bewohner*innen des geteilten städtischen Raums. Das Grundgesetz stellte somit zwar immer eine implizite Grundlage des gemeinsamen Miteinanders dar, wenngleich es als Gegenstand für die konkrete Aushandlung des lokalen Zusammenhalts aber vermutlich auf einer zu abstrakten Ebene lag. Der explizite Bezug auf das Grundgesetz als gemeinsamer Nenner musste daher - gemäß der Deutung der Aushandlungsdynamiken seitens der Forscher*innen - nicht erfolgen, da das Grundgesetz als Rahmung eines demokratischen Miteinanders vorausgesetzt wurde. Der zweite Grund verweist auf die im wissenschaftlichen Exkurs angesprochene Problematik der Rationalität und könnte erklären, warum die Verfassung explizit kaum innerhalb der Werkstätte diskutiert wurde: Zusammenhalt wurde durch die Dortmunder Bürger*innen stets als emotional erfahrbar gerahmt und auf Basis dieser individuellen Erfahrbarkeit verhandelt. Folglich entzieht sich der auf Emotionen rekurrierende Diskurs über Zusammenhalt dem rein rationalen Anspruch des Verfassungspatriotismus. Zu diesem Zeitpunkt kann daher die begründete These festgehalten werden, dass sich aus dem reinen Bekenntnis zum Grundgesetz kein ‚Wir-Gefühl‘ in Form eines wünschenswerten Zusammenhalts ergibt.

Wie diese emotionale Ebene beschaffen ist und welche Rolle dann eigentlich ‚rationalen‘ Komponenten in Form von demokratisch strukturierten Institutionen in Bezug auf Zusammenhalt zukommt, soll im Folgenden ausführlich dargestellt werden.

4.1 Das ‚Emotionale‘ im Zusammenhalt

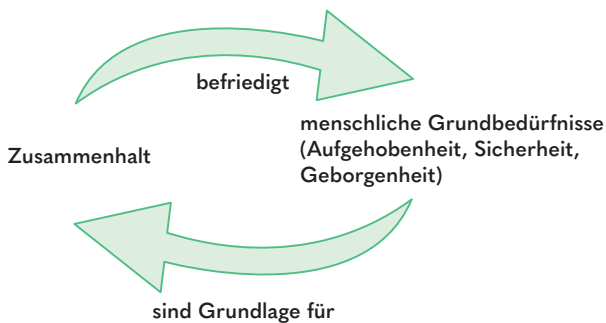
Den ersten Anhaltspunkt für die zentrale Bedeutung einer emotionalen Komponente von Zusammenhalt bietet die Sprache der Teilnehmer*innen aus den Gruppenwerkstätten. So ist innerhalb der Diskussionsrunden an vielen Stellen etwa von einem ‚Zusammengehörigkeitsgefühl‘, ‚Zusammenhalts- oder Gemeinschaftsgefühl‘ sowie von ‚Zusammenhalt erleben‘ die Rede. Zudem wird der Begriff des Zusammenhalts stets mit etwas gerahmt beziehungsweise verknüpft, was im wörtlichen

Sinne ‚spürbar‘ ist. Hierzu zählen die Teilnehmer*innen beispielsweise einen gemeinsamen Stadionbesuch, die Arbeit karitativer Einrichtungen sowie das lokale Stadtfest ‚Dortbunt‘ zu solchen Momenten, in denen das ‚Spürbare‘ des Zusammenhalts nachvollzogen werden könne. Zusammenhalt wird sprachlich also in erster Linie als etwas emotional Wahrnehmbares gerahmt. Hierdurch kann allerdings noch keine Aussage darüber getroffen werden, ob es sich per se um eine qualitativ ‚gute‘ und wünschenswerte Form des Zusammenhalts handelt. So wird innerhalb der Werkstätten auch betont, dass das Gefühl von Anpassungsdruck, Gruppenzwang sowie die Angst vor Exklusion ebenfalls auf der emotionalen Ebene zu verorten ist. Daher verweisen die Teilnehmer*innen einmal mehr auf die zentrale Frage, wie genau denn eine wünschenswerte Form von Zusammenhalt geschaffen werden kann.

Zweitens kann in den Werkstätten eine übergreifend geteilte Referenz auf individuelle Bedürfnisse als weiterer Aspekt des ‚Emotionalen‘ herausgestellt werden. Zusammenhalt kann, wie bereits festgehalten wurde, nicht für sich alleine gelebt und erfahren werden. Daher verweist der Diskurs über Zusammenhalt stets auf mehrere Individuen in Gestalt von Gruppen, Gemeinschaften oder Kollektiven. Darüber hinaus verhandeln die Teilnehmer*innen ein menschliches Grundbedürfnis nach Zugehörigkeit eben zu multiplen Formen der Vergemeinschaftung. Vielmehr noch sind es die emotionalen Aspekte dieser Zugehörigkeit, die als ein solches Bedürfnis formuliert werden:

Amir*: „Mir geht gerade so die Frage durch den Kopf, was für ein Bedürfnis wird durch Zusammenhalt erfüllt? So das Bedürfnis nach Aufgehobenheit, nach Sicherheit, nach Geborgenheit und so. Und das ist ja erstmal ein menschliches Grundbedürfnis glaube ich, ja? Und von daher ist die Frage, ob dafür auch Zusammenhalt nicht, ja, unverzichtbar ist. Und ob, wenn diese Bedürfnisse unerfüllt sind, ob dann nicht irgendwas Schaden nimmt. [...]“ [GW1]

Ein wünschenswerter Zusammenhalt erfüllt demnach das o.g. Bedürfnis auf emotionaler Ebene, nämlich sich etwa, neben der Vergewisserung einer Zugehörigkeit (Vergemeinschaftung), ‚aufgehoben‘, ‚sicher‘ oder ‚geborgen‘ zu fühlen.



Vielmehr noch lässt sich die Relation von Zusammenhalt und Bedürfnissen auf emotionaler Ebene im Wechselverhältnis verstehen. Und zwar befriedigt Zusammenhalt auf der einen Seite die oben genannten Grundbedürfnisse. Auf der anderen Seite ist eben die Erfüllung dieser Bedürfnisse auch Grundlage dafür, dass ein belastbarer und wünschenswerter Zusammenhalt gelebt werden könnte.

Drittens formulieren die Dortmunder*innen gewisse Voraussetzungen dafür, dass die Erfüllung besagter Bedürfnisse auch gesichert und eine wünschenswerte Form von Zusammenhalt gelebt werden kann. So wird innerhalb jeder Gruppenwerkstatt die Wichtigkeit dreierlei Verhaltens- und Handlungsweisen zum Ausdruck gebracht, die in einem späteren Kapitel in ihrer Ausführlichkeit wieder aufgegriffen werden sollen:

- Reziprozität (Wechselseitigkeit)
- Die Grundbereitschaft zur Kommunikation
- Toleranz, Respekt und Offenheit

Zunächst betonen die Teilnehmenden, dass es nicht nur um die Wahrung individueller Bedürfnisse gehen dürfe, sondern dass Reziprozität, also Wechselseitigkeit, eine zentrale Rolle spielen sollte. So kann ein Zusammenhalt und die Berücksichtigung menschlicher Bedürfnisse nur dann erfolgen, wenn sich die Akteur*innen innerhalb einer Gemeinschaft eben diese Berücksichtigung gegenseitig zukommen lassen und garantieren. Um dem Prinzip der Reziprozität gerecht zu werden, bedürfe es darüber hinaus aber auch der Bereitschaft zur Kommunikation:

Elke*: „[...] *Austausch. Also, dass Zusammenhalt überhaupt erst entstehen kann, wenn ein gewisser Austausch, also eine Kommunikation besteht. [...]*“ [GW 3]

Kommunikatives Handeln in Form des Austausches und Dialogs wird von den Teilnehmer*innen als logische Notwendigkeit abgeleitet. Jede Form der Vergemeinschaftung, sei sie auf einer freundschaftlichen, familiären, nachbarschaftlichen oder einer noch weiter gefassten Ebene, umfasst stets unterschiedliche Akteur*innen. Diese bringen jeweils ihre individuellen, zum Teil auch sehr unterschiedlichen Ideen, Wünschen, Vorstellungen und Präferenzen mit, die sie in einer Vergemeinschaftungsform berücksichtigt sehen wollen, um etwa ihr Bedürfnis auf ‚Sicherheit‘ oder ‚Geborgenheit‘ zu befriedigen. Damit sich nun schlussendlich alle Angehörigen einer Gemeinschaft wechselseitig die Wahrung individueller Bedürfnisse garantieren können, bedarf es konsequenterweise des Dialogs und der Kommunikation, um sich überhaupt erstmal der zu berücksichtigenden Wünsche und Vorstellungen des jeweils ‚Anderen‘ bewusst zu werden.

Für Letzteres ist jedoch nicht nur das Erkennen, sondern auch das Annehmen der Bedürfnisse seines Gegenübers elementar. Aus diesem Grund nehmen Termini wie ‚Offenheit, Respekt und Toleranz‘ eine prominente Rolle im Diskurs der Teil-

nehmer*innen ein. So führt eine auf Wechselseitigkeit basierende Erfahrung von ‚Toleranz, Offenheit und Respekt‘ dazu, dass sich die Akteur*innen innerhalb einer Gemeinschaft nicht bloß wahrgenommen fühlen, sondern sich mit ihren individuellen Wünschen und Vorstellungen auch berücksichtigt sehen.

Zusammenhalt wird also in erster Linie durch die Menschen emotional erfahren und befriedigt Grundbedürfnisse nach ‚Zugehörigkeit, Sicherheit und Geborgenheit‘. Ferner ist eben die Erfüllung dieser Bedürfnisse eine nachhaltige Grundlage für Zusammenhalt. Darüber hinaus kann dies nur gelingen, wenn sich die Akteur*innen untereinander mit ‚Respekt, Toleranz und Offenheit‘ begegnen und sich somit auch gegenseitig die Achtung ihrer Bedürfnisse garantieren. Hieraus lassen sich zwei wichtige Erkenntnisse ableiten. Zum *einen* verweisen die Teilnehmer*innen darauf, dass Zusammenhalt nur in einer Art Diskursraum ge- und erlebt werden kann, welcher ‚barrierefrei‘ sowie ‚inklusiv‘ beschaffen ist. Auf diese Art von Diskursraum soll in den folgenden Kapiteln ausführlich Bezug genommen werden. Die *zweite* Erkenntnis ergibt sich aus der emotionalen Komponente des Zusammenhalts: Staatliche Organe, Institutionen (zu denen auch die Verfassung zu zählen ist) oder (parteispezifische) Politiken spielen bei der inhaltlichen Verhandlung über Zusammenhalt und wie dieser beschaffen sein könnte keine entscheidende Rolle. Diese Aufgabe obliegt den Akteur*innen innerhalb einer Vergemeinschaftungsform, sei es, je nach Dimension, etwa in Gestalt der Bürger*innen, Stadtbewohner*innen, Nachbar*innen, Freund*innen. Kurz gesagt: Die inhaltliche Verhandlung und Gestaltung von Zusammenhalt geschieht durch die Menschen, welche miteinander auf unterschiedlichen Ebenen zusammenleben. Dies bietet schlussendlich einen Erklärungsansatz für die oben vertretene These, dass sich aus einem reinen Bekenntnis zu institutionellen Verfahrensweisen (Verfassungspatriotismus) kein ‚Wir-Gefühl‘ in Form eines wünschenswerten Zusammenhalts ergeben kann, da diese sich mit ihrem Anspruch auf Rationalität der emotionalen Komponente von Zusammenhalt entziehen.

4.2 Strukturelle Sicherung von Zusammenhalt durch ‚rationale‘ Institutionen

Im vorigen Abschnitt konnte festgehalten werden, dass die Teilnehmer*innen der Gruppenwerkstätten die primäre Rolle von politischen Organen und staatlichen Institutionen nicht in der Gestaltung und inhaltlichen Verhandlung von Zusammenhalt sehen. Vielmehr sprechen sie diesen eine strukturelle Rolle zu sowie diesbezüglich auch konkrete Aufgaben. Es wurde bereits betont, dass die vollständige Anerkennung des Grundgesetzes sowie der demokratisch verfasste Staat eine strukturelle Voraussetzung dafür sind, dass ein wünschenswerter gesellschaftlicher Zusammenhalt durch die Bürger*innen gestaltet werden kann. Und genau hier wird die Zuständigkeit und Verantwortung (politischer) staatlicher Institutionen verortet: Die Sicherung eben dieser demokratischen Grundordnung. Jedoch dürfe sich dies gemäß der Teilnehmer*innen nicht bloß auf eine rein formalrechtliche Sicherung

der demokratischen Ordnung beschränken. Es konnte in Bezug auf Zusammenhalt und der Erfüllung grundlegender Bedürfnisse auf emotionaler Ebene aufgezeigt werden, dass dies nur in einem Diskursraum gelingen kann, in dem alle Akteur*innen gleichermaßen Berücksichtigung finden. Damit dies gelingt, muss dieser Diskursraum, wie sich an späterer Stelle genauer zeigen wird, ‚inklusiv‘ beschaffen sein. Daher müssten auch etwaige Barrieren abgebaut werden, welche die Akteur*innen an einer gleichberechtigten Teilnahme hindern könnten.

Doch um welche Barrieren könnte es sich hier handeln und inwieweit lässt sich daraus eine strukturelle Handlungsnotwendigkeit staatlicher/politischer Organe und Institutionen ableiten? Hier identifizieren die Teilnehmer*innen multiple Ungleichheitsformen und erschwerte Zugangsvoraussetzungen zu einem inklusiven Diskurs.

Sabine*: „[...]. Ich wüsste jetzt nicht was ich da für einen Tipp an die Stadt geben sollte, wie sie jetzt irgendwie Zusammenhalt in Dortmund - außer eben diese, was wir jetzt gerade gesagt haben, einfach Bildung, Einkommen, Arbeit, dass ich das vielleicht gleichmäßiger verteilen muss.“ [GW5]

Amal*: „[...]. Und ich finde es auch nicht schön, sage ich mal, in einem Stadtteil zu leben, wo ich Menschen anderer Couleur nicht sehe. Aber ich würde, ne ich wünsche mir das. Und ich finde es ist die Pflicht der Politik dieser Stadt dafür zu sorgen, dass das machbar is.“ [GW6]

Neben der erneuten Betonung darauf, dass die Gestaltung eines wünschenswerten Zusammenhalts den Bürger*innen obliegt, lassen sich innerhalb aller Werkstätten drei zentrale strukturelle Ungleichheitsformen zusammenfassen, welche direkt an staatliche Institutionen adressiert werden:

- Sozioökonomische Ungleichheiten
- Segregationsprozesse
- Ungleicher Zugang zu Bildung

Die Dortmunder*innen weisen sich also nicht nur als Gestalter*innen des Zusammenhalts aus, sondern auch als Expert*innen, wenn es darum geht, beurteilen zu können, wo etwaige Ansprüche und Barrieren vorhanden sind. Zusammenhalt geht auf der inhaltlichen Ebene also auf die Bürger*innen selbst zurück. Aus ihrer Expertise heraus identifizieren die Teilnehmer*innen für sich zentrale strukturelle Bedingungen (z.B. die demokratische Grundordnung) sowie aber auch Barrieren und Grenzen (o.g. Ungleichheiten), die sie von staatlichen Organen und Institutionen entweder gesichert oder aber abgebaut sehen wollen. Hierbei scheuen sich die Teilnehmer*innen auch nicht, zuständige Organe und Institutionen explizit in die Pflicht zu nehmen und etwaige Versäumnisse zu beklagen.

Die Frage nach Zusammenhalt beziehungsweise die Frage, was überhaupt da-

runter verstanden werden sollte, ist, wie sich zu diesem Zeitpunkt sicherlich feststellen lässt, also keineswegs trivial. So konnte aufgezeigt werden, dass sich eine einfache Formel gemäß des Prinzips ‚Zusammenhalt = X‘ aus den Ergebnissen der Gruppenwerkstätten nicht ableiten lässt. Auch konnte gezeigt werden, dass es sich bei soziologischen Gegenständen und Begriffen wie ‚Familie‘, ‚Solidarität‘ oder aber auch ‚Verfassungspatriotismus‘ nicht um eine Art Zauberwörter handelt, aus denen sich automatisch ein wünschenswerter gesellschaftlicher Zusammenhalt generieren lässt. Vielmehr scheint der Begriff von Zusammenhalt auf einen komplexen sowie kommunikativen Prozess zu verweisen, der in erster Linie auf einem inklusiven Dialog basiert. Dieses ‚Prozesshafte‘ soll im folgenden Abschnitt genauer untersucht werden.

5. Zusammenhalt als - und im - Prozess

Fachwissenschaftlicher Exkurs

Die Zurückweisung vermeintlich universeller Werte und Wahrheiten, seien sie nun gottgegeben oder auf rationalem Wege nachvollziehbar, als Grundlage des gesellschaftlichen Miteinanders, geht zurück auf die frühesten überlieferten Ansätze politischen Denkens. Die Demokratie Athens, gegen die Platon die Vision einer ‚vollkommenen Gesellschaft‘ - und einer zugehörigen idealistischen Politikwissenschaft - entwickelt, besteht im Selbstverständnis in erster Linie aus ihren Bürgern und wird nicht durch eine wahrhaftige Ordnung begründet oder durch eine Verehrung institutionell-staatlicher Elemente, wie bspw. der Verfassung, eines Repräsentativparlamentes oder gar eines konstitutionellen Monarchen. Politik ist im antiken Athen ein Prozess, in dem Zusammenhalt entsteht und auf die Probe gestellt wird, denn der *agon*, d.h. die Arena politischer Auseinandersetzungen, ist ein offener Raum, den die Athener entsprechend der jeweiligen Streitsache gestalten. Gelegentlich wird auch in germanisch-keltischen Thingversammlungen eine frühe Form dieses Verständnisses von politischem Zusammenkommen und Aushandeln gesehen, bei welcher es, wie Tacitus berichtet, „mehr auf Überzeugungskraft an[kam] als auf Befehlsgewalt“ (Tacitus, 2007:19).

Hannah Arendt, eine der versiertesten Expertinnen dieser Art gesellschaftlichen Zusammenhaltes und politischen Handelns, erkennt in solchen institutionenkritischen, inklusiven und egalitären Formen gesellschaftlichen Zusammenseins eine Art Primat politischer Vergemeinschaftung, da es immer dort auftaucht, wo Menschen - ohne beherrscht zu werden und ohne selbst zu herrschen - ihr politisches Gemeinwesen organisieren, wie sie in *Über die Revolution* schreibt.

Ähnliche bzw. im Anschluss an Arendt entwickelte Ansätze, werden heute gemeinhin als basis-, deliberativ- oder radikaldemokratisch bezeichnet, zu deren Vertreter*innen u.a. Chantal Mouffe oder französische Denker wie Claude Lefort oder Jacques Rancière zählen. Ihre Ansätze richten sich gegen jene Art szientistisch-posi-

tivistischer Politikwissenschaft, „die weiß, was ist und zu tun ist“ (Castoriadis), bspw. in dem sie es sich zur Aufgabe macht, die Vision einer vollkommenen Gesellschaft zu entwickeln oder Bedingungen für einen ‚idealen Kommunikationsraum‘ theoretisch zu fixieren und rational zu begründen, anstatt sich an die Beseitigung der Hindernisse hin zu einem partizipativen, herrschaftsfreien Austausch zu machen.

Literaturvorschlag

Arendt, Hannah (1963) - *Über die Revolution*, Piper, München.

Comtesse, Dagmar; Flügel-Martinsen, Oliver (2018) - *Radikale Demokratietheorie: Ein Handbuch*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Mouffe, Chantal (2007) - *Über das Politische: Wider die kosmopolitische Illusion*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Rosenfeld, Sophia (2011) - *Common Sense: A Political History*, Harvard University Press, Cambridge.

Tacitus (2007) - *Germania*, Reclam, Stuttgart.

Aushandlung in den Werkstätten

Bevor Zusammenhalt als Gegenstand eines komplexen Prozesses gemäß den Ergebnissen aus den Werkstätten mit Dortmunder Bürger*innen dargestellt werden soll, erscheint ein kurzes Resümee über die bereits gewonnenen Erkenntnisse hilfreich:

Metaebene

- Zusammenhalt ist ein neutraler Begriff, dessen qualitative Bewertung in Abhängigkeit zu seiner Ausgestaltung steht
- Zusammenhalt, egal wie dieser ausgestaltet ist, kann nicht für sich alleine gelebt und erfahren werden

Bedarfsebene

- Wechselverhältnis von Zusammenhalt und Bedürfnissen - Eine wünschenswerte Form von Zusammenhalt befriedigt menschliche Bedürfnisse nach Zugehörigkeit, Sicherheit, Geborgenheit etc., die wiederum als Grundlage für Zusammenhalt verstanden werden können
- Damit ein wünschenswerter Zusammenhalt auf der kommunikativen sowie der Bedürfnis-Ebene gestaltet werden kann, bedarf es:
 - Einer Grundbereitschaft zur Kommunikation
 - Reziprozität (Wechselseitigkeit)
 - Toleranz, Respekt, Offenheit

Ein wünschenswerter Zusammenhalt verweist somit also immer auf Formen der Vergemeinschaftung aber auch auf gewisse qualitätsbestimmende Bedingungen. Diese Bedingungen erfordern jedoch eine genauere Betrachtung, welche über die bisherigen Erkenntnisse hinausgeht, da sie für die Teilnehmer*innen der Werkstätten eine zentrale Rolle spielen:

Esther: „[...] Und Zusammenhalt heißt ja dann nicht, eigene Interessen verfolgen, sondern gemeinsame Interessen verfolgen und da gemeinsame Ziele entwickeln. Das ist für mich wichtig. [...]“ [GW 3]*

Karl: „[...] Letzten Endes gibt es im Zusammenhalt immer Zwang. Immer. Wenn ich nicht mehr ganz der Gruppenmeinung bin, dann werde ich ausgegrenzt, dann bin ich nicht mehr Teil dieses Zusammenhalts. [...]“ [GW 1]*

Matteo: „Ich komme dann auch nochmal zu einem wichtigen Merkmal, Zusammenhalt bedeutet automatisch Kommunikation. Ohne Kommunikation ist es nicht möglich den Zusammenhalt aufrecht zu erhalten.“ [GW 5]*

Neben der erneuten Betonung, dass ein wünschenswerter Zusammenhalt immer nur aus einem stetigen, kommunikativen Prozess heraus entstehen kann, erfolgt zusätzlich ein weiterer Hinweis auf elementare Faktoren, die sich gegenseitig zu bedingen scheinen. In was für einem Verhältnis stehen die Wahrung des Eigeninteresses und das Interesse anderer Menschen, die sich innerhalb einer Vergemeinschaftung begegnen? Wie steht es um die Balance von individueller Freiheit und einem kollektiven Gemeinschaftsgefühl? Es erfolgt also ein Wiedersehen mit dem eingangs beschriebenen Dilemma. Ein wünschenswerter Zusammenhalt scheint an Bedingungen und Regeln geknüpft zu sein, die unweigerlich Einschnitte in die individuelle Freiheit einzelner Akteur*innen mit sich bringen. Auch vermochte die Erkenntnis, dass sich Formen eines bedingungslosen Zusammenhalts, wie etwa die ‚Familie‘ oder ‚Solidarität‘, als nicht anschlussfähig erwiesen haben, diese Zwickmühle nicht aufzulösen. Schlussendlich gelingt es den Dortmunder Bürger*innen innerhalb der Werkstätten jedoch, einen Lösungsvorschlag auszuhandeln. Dies geschieht nicht etwa durch die Formulierung eines festen Regelkatalogs. Vielmehr wird identifiziert, welche Formen der kommunikativen Aushandlung über Zusammenhalt als nicht wünschenswert zurückgewiesen werden sollten. So heben die Teilnehmer*innen hervor, dass der Diskurs und die Aushandlung über Zusammenhalt innerhalb einer Vergemeinschaftung weder auf einem ‚Kosten-Nutzen-Kalkül‘ noch auf einem ‚(Gruppen)Zwang‘ basieren darf, der die individuelle Freiheit der Akteur*innen in einem nicht hinnehmbaren Maße schmälert. Doch was genau ist unter diesen zwei Begriffen zu verstehen in Bezug auf die Aushandlung von Zusammenhalt?

Bezogen auf die Ablehnung gegenüber eines ‚Kosten-Nutzen-Kalküls‘ muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die Teilnehmer*innen der Werkstätten

ten keineswegs davon ausgehen, dass ein angestrebter Zusammenhalt innerhalb einer Vergemeinschaftung altruistisch begründet werden könnte. Dies erscheint allein schon vor dem Hintergrund unplausibel, als dass werkstattübergreifend ein individuelles Interesse nach der Sicherung emotionaler Grundbedürfnisse festgehalten werden konnte. Vielmehr steht hier die Art und Weise der Aushandlungsprozesse unter den Akteur*innen im Vordergrund:

Sven* „[...] Und das finde ich ganz wichtig für die Qualität, als gute Qualität für einen Zusammenhalt. Damit eben nicht ein Zwang entsteht, möglicherweise. Oder damit dem zumindest vorgebeugt werden kann. Und es nicht unbedingt Verlierer und Gewinner gibt, sondern sowas auf Augenhöhe und Solidarität gelebt werden kann. Ja.“ [GW 1]

Was die Teilnehmer*innen der Werkstätten ablehnen ist jene Art von Aushandlung und Diskurs, die auf einer ‚Kosten-Nutzen-Abwägung‘ basieren. Diese hätte nämlich zur Folge, dass es bei Aushandlungsprozessen schlicht darum geht, welches Individuum (oder Kollektiv) als ‚Gewinner*in‘ oder ‚Verlierer*in‘ aus dem Diskurs heraustritt. ‚Ich bin nur bereit X zu tun, wenn ich mindestens Y zurückbekomme‘ wäre das daraus resultierende Prinzip für individuelle (oder kollektive) Handlungen, welches durchaus im kapitalismuskritischen Sinne innerhalb der Werkstätten zurückgewiesen wird.

Des Weiteren wird die komplexe Aushandlung von individueller Freiheit und regelgebundenen Zwängen verhandelt sowie die Frage, ob sich ein Gleichgewicht zwischen diesen Polen herstellen lassen könnte. Diesbezüglich wurde festgehalten, dass zu starke ‚(Gruppen)Zwänge‘ innerhalb einer durch Regeln und Bedingungen strukturierten Vergemeinschaftung eine nicht wünschenswerte Form von Zusammenhalt hervorbringt. Dies gilt, wie anfänglich in der Broschüre bereits erwähnt, für extreme Beispiele (z.B. Sektenzugehörigkeit, repressive Religionsgemeinschaften oder politisch extreme Gruppierungen) in denen die individuellen Freiheiten der Akteur*innen in einem nicht mehr hinnehmbaren Maße beschnitten werden. Doch auch über das Extreme hinaus verweisen die Teilnehmer*innen der Werkstätten auf Zwangs- und Ausschlussmechanismen in vermeintlich ‚normalen‘ Formen der Vergemeinschaftung wie etwa der Freundeskreis, die Familie oder innerhalb eines Vereines:

Saskia*: „[...] Ist das dann nicht auch so die Gefahr, ich sage mal die Gefahr von Zusammenhalt an der Stelle, wenn man- Gruppennwang, genau, sozusagen man denkt eigentlich anders und würde anders handeln, hat aber Angst an der Stelle diese Gruppenzugehörigkeit zu verlieren oder aus der Gruppe verstoßen zu werden, den Zusammenhalt zu verlieren, wenn man jetzt so handeln würde, wie man eigentlich handeln möchte. Und deshalb gezwungen wird, auch in Form von- dieser Zusammenhalt, der einen an der

Stelle auch zwingt, so zu handeln, wie es in der Gruppe en vogue ist.“
[GW 4]

Doch welche Lösungen bieten die Teilnehmer*innen diesbezüglich an? Die schmale sowie komplizierte Spur zwischen individueller Freiheit und Zwang scheint sich durch alle Formen der Vergemeinschaftung zu ziehen. Dies führt innerhalb der Gruppenwerkstätten zu einer zunächst trivial erscheinenden Erkenntnis: Die Verhandlung eines wünschenswerten Zusammenhalts ist alles andere als ein Selbstläufer, sondern hochgradig komplex. Nicht nur bedarf es der Bereitschaft zum Diskurs und zur Kommunikation aller Menschen innerhalb einer Vergemeinschaftung. Darüber hinaus bedarf es auch noch der Aushandlung von Regeln und Bedingungen innerhalb dieses Diskurses. Und diese Aushandlung müsse so gestaltet sein, dass ein inklusiver und offener Diskurs über Regeln und Bedingungen stattfinden kann, ohne dass sich individuelle Akteur*innen einem freiheitsbeschneidenden Anpassungsdruck ausgesetzt sehen:

Elena: „Also so ein bisschen auch- wo sind die Grenzen, sage ich mal, von Zusammenhalt und Freiheit an der Stelle. Wie kann man Zusammenhalt mit Freiheit kombinieren, zusammen bekommen? Dass das eine das andere nicht ausschließt. [...] Also das in die Waage zu bekommen.“* [GW 4]

Yasmin: „[...] Wir müssen uns überlegen, was es uns bedeutet, uns zusammengehörig zu fühlen und wie viel wir dann von unserer Freiheit preisgeben müssen für das Gefühl. Das werden wir nie klären können, wir müssen lernen darüber ins Gespräch zu kommen, das ist glaube ich das Wesentliche. Und da haben wir echt noch viel zu tun“* [GW4]

Daher sehen die Dortmunder*innen von der Formulierung eines allgemeingültigen Katalogs an festen Regeln und Bedingungen ab, da dies nicht zielführend sei. Vielmehr wird die Notwendigkeit ‚inklusive Kommunikationsräume‘ verbalisiert, in denen überhaupt erst eine Aushandlung eben jener Regeln und Bedingungen stattfinden kann, durch die eine wünschenswerte Form des Zusammenhalts erreicht werden könnte. Dementsprechend können die bereits gewonnenen Erkenntnisse nicht etwa durch einen Regelkatalog ergänzt werden, sondern vielmehr durch zusätzliche Bedarfe, die kommuniziert werden:

Metaebene

- Zusammenhalt, egal wie dieser ausgestaltet ist, kann nicht für sich alleine gelebt und erfahren werden
- Zusammenhalt ist zunächst ein neutraler Begriff, dessen qualitative Bewertung in Abhängigkeit zu seiner Ausgestaltung steht

Bedarfsebene

- Wechselverhältnis von Zusammenhalt und Bedürfnissen - Eine wünschenswerte Form von Zusammenhalt befriedigt menschliche Bedürfnisse nach Zugehörigkeit, Sicherheit, Geborgenheit etc., die wiederum als Grundlage für Zusammenhalt verstanden werden können
- Damit ein wünschenswerter Zusammenhalt auf der kommunikativen sowie der Bedürfnis-Ebene gestaltet werden kann, bedarf es:
 - Einer Grundbereitschaft zur Kommunikation
 - Reziprozität (Wechselseitigkeit)
 - Toleranz, Respekt, Offenheit

Bedarf



- Inklusive und offene Kommunikationsräume in denen
 - alle Akteur*innen gleichberechtigt partizipieren können,
 - gehört werden und Resonanz erfahren und
 - Aushandlungsprozesse welche durch die Akteur*innen jenseits von Kosten-Nutzen-Abwägungen und Zwängen gestaltet werden können

Da es nun gelungen ist, die zentralen Erkenntnisse in Bezug auf die Gestaltung eines wünschenswerten Zusammenhalts darzustellen, sollen diese nun im Folgenden als Rüstwerkzeug fungieren. So wird sich der kommende Abschnitt mit der Leitfrage beschäftigen, wie Zusammenhalt konkret in diversen Formen der Vergemeinschaftung gestaltet werden könnte. Zur Veranschaulichung soll hier zunächst die diskursive Aushandlung von Zusammenhalt *innerhalb* einer Gruppe dargestellt werden, um im Anschluss zu erörtern, wie jener Zusammenhalt auch *über Gruppengrenzen hinaus*, gelebt werden könnte.

2. TEIL - FORMEN UND EBENEN DES PROZEDURALEN VERSTÄNDNISSES VON ZUSAMMENHALT

Es konnte also gezeigt werden, warum die vorherrschenden Zusammenhaltsnarrative des ‚Familiären‘, der ‚Solidarität‘ und des ‚Verfassungspatriotismus‘ von den Teilnehmenden der Werkstätten aus verschiedenen Gründen als nicht praktikabel bewertet wurden. Nachdem stattdessen festgehalten werden konnte, dass Zusammenhalt und Zugehörigkeit gemäß der Dortmunder*innen nur etwas sein müsse, das im jeweiligen Prozess entstehen und sich beweisen muss, soll in diesem Abschnitt auf die unterschiedlichen Ebenen und Ausprägungsformen dieses Zusammenhaltsverständnisses eingegangen werden.

6. Zusammenhalt als Prozess

In einer ersten Annäherung erkennen die Teilnehmenden, dass diese Form von Zusammenhalt sich unterschiedlich gestaltet innerhalb einer Gruppe (6.1) und zwischen verschiedenen Gruppen, also auf (gesamt-)gesellschaftlicher Ebene (6.2.). Nachdem die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen diesen beiden Ebenen herausgearbeitet wurden, soll letztlich der inklusiv und barrierefrei gestaltete Diskurs als stetige Form von Zusammenhalt (6.3.) vorgestellt werden.

6.1 Prozedurale Aushandlung von Zusammenhalt innerhalb eines Kollektivs

Fachwissenschaftlicher Exkurs

Um eine systematische Unterscheidung zwischen Kollektivierungsprozessen innerhalb von Gruppen und zwischen einzelnen Gruppen vorzunehmen, ist es hilfreich, sich die von Soziologen wie Ferdinand Tönnies und Max Weber, zwei Begründer der Disziplin, vorgeschlagene Unterscheidung von Gemeinschaften und Gesellschaften sowie die jeweiligen Prozesse ihrer Entstehung in Erinnerung zu rufen. Bei dieser Unterscheidung handelt es sich, wie Tönnies schreibt, um Idealtypen der „reinen Soziologie“, die in dieser ‚reinen‘ Weise in der Lebenswirklichkeit so nicht vorkommen, da Kollektivierungsprozesse stets von beiden Formen geprägt sind. Es ist also eine Sache der Gewichtung, nicht eines Entweder-Oder, ob ein Kollektiv eher als Gemeinschaft oder Gesellschaft zu bezeichnen ist. Daher ist es ein verbreitetes Missverständnis, diese Unterscheidung im Sinne einer evolutionären Entwicklung von primitiver Gemeinschaft zur aufgeklärten Gesellschaft zu interpretieren, wie es in der Tönnies/Weber-Rezeption vielfach geschieht. An dieser Stelle soll die Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft angewendet werden, um die

unterschiedlichen Motive und Dynamiken der Kollektivierungsprozesse innerhalb bestimmter Gruppen und zwischen einzelnen Gruppen, zu verfolgen. Und auch hier gilt, dass dies vor allem eine theoretische Unterscheidung ist, da in Kollektivierungsprozessen stets beide Formen vorhanden sind.

Unterschieden werden beiden Arten der Kollektivbildung anhand der Motivation, des ‚Willens‘, der die Individuen zu einem Zusammenschluss antreibt. Laut Tönnies ist das, was Menschen zu einer Vergemeinschaftung motiviert, als ‚Wesenswillen‘ zu bezeichnen. Eben dieser leitet Individuen dazu an, ihre eigenen Interessen unter das Wesen, verstanden als das Gemeinsame, das Vereinheitlichende des Kollektivs, unterzuordnen. Tönnies erkennt drei Arten von Gemeinschaft: die „des Ortes“, die „des Geistes“ und die „des Blutes“. Einer ‚Ortsgemeinschaft‘ lässt sich die Kategorie Nachbarschaft, einer ‚Geistesgemeinschaft‘ Freundschaft und einer ‚Blutsgemeinschaft‘ Verwandtschaft zuordnen. Bei jeder dieser Gemeinschaftsformen geht es um ein gemeinsames Identifikationsmerkmal, dem es gelingt, unterschiedliche Menschen unter etwas Gemeinsames, etwas Gleiches zu subsumieren. Es erklärt sich, dass solche Vergemeinschaftungsprozesse, d.h. Entwicklungen, die eine Gemeinschaft zu einer Gemeinschaft machen und als eine solche stabilisieren, mit bestimmten Herausforderungen konfrontiert sind, die ebenso viele Probleme wie Chancen mit sich bringen. Bieten Gemeinschaften Individuen auf der einen Seite Schutz und Sicherheit (sowohl in physischer wie psychischer Form), stehen auf der anderen Seite Gefahren von Gruppenzwang und Konformitätsdruck.

Weitere Problemfelder eröffnen sich mit Blick auf diejenigen Individuen, die aus der Gruppe ausgeschlossen sind bzw. nicht dazugehören dürfen oder können. Die Beobachtung und Theoretisierung solcher ‚Otheringprozesse‘, also die Kategorisierung in das Eigene und das Andere, nimmt in der soziologischen Forschung eine prominente Stelle ein, da sie als essentieller Bestandteil jeder Identitätsbildung in Form steter Vergleichsprozesse, steter Aushandlungen darüber, wer dazugehört und wer nicht, gesehen werden.

Literaturvorschlag

Honneth, Axel (2018) - *Anerkennung: Eine europäische Ideengeschichte*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Tajfel, Henry; **Turner** J.C. (1986) - *The Social Identity Theory of Intergroup Behaviour*, in: Worchel, Stephen/Austin W.G. (Hrsg.) - *Psychology of Intergroup Relations*, Chicago: Nelson-Hall

Tönnies, Friedrich (2005) - *Gemeinschaft und Gesellschaft: Grundbegriffe der reinen Soziologie*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

Weber, Max (2016) - *Wirtschaft und Gesellschaft*, Mohr Siebeck, Tübingen.

Aushandlung in den Werkstätten

Um zu klären, wie ein wünschenswerter Zusammenhalt innerhalb einer Gruppe verhandelt und gestaltet werden könnte, lohnt sich zunächst einmal ein Blick auf die Faktoren, die maßgeblich dafür sind, dass sich Gruppen überhaupt bilden. Die Dortmunder Bürger*innen sehen hier neben einem Grundbedürfnis nach Zugehörigkeit vor allem gemeinsam geteilte Interessen und Ziele im Vordergrund:

Maike*: „Also ich finde, Zusammenhalt gibt es, wenn die Menschen, die zusammenhalten, die gleichen Interessen und die gleichen Bedürfnisse haben.“ [GW 6]

Enis*: „[...] Also sondern dass ich immer dann Zusammenhalt habe, wenn es eben dieses Gemeinsame, diese gemeinsame Idee, Ideale, Werte, dieses streben nach etwas und sei es jetzt beim Kleingartenverein, der gemeinsam die Anlage verschönern will, ja? Das ist dann auch dadurch ein Zusammenhalt, weil eben dieses- das Gemeinsame da ist. [...]“ [GW 1]

Jedoch lässt sich anhand von gemeinsam geteilten Bedürfnissen, Zielen oder Interessen keine Aussage über die qualitative Beschaffenheit des Zusammenhalts treffen, der innerhalb einer Gruppe erarbeitet oder gelebt wird. Denn tatsächlich wären ja auch unter diesen Gesichtspunkten Formen von Zusammenhalt denkbar, die in den Augen der Teilnehmer*innen als nicht wünschenswert betrachtet werden könnten. Freilich sind ja auch verschiedenste Gruppierung denkbar, die zwar einen gewissen Kanon geteilter Interessen und Ziele zur Grundlage haben, aber dennoch so durch Regeln und Zwänge strukturiert sind, dass sich einzelne Menschen in ihrer Freiheit beschnitten sehen. So mutet es schwer an, ein Gefühl von ‚Geborgenheit, Zugehörigkeit oder Sicherheit‘ in einer Gruppe zu spüren, wenn zeitgleich die Angst vorherrscht, bei einer abweichenden Meinung oder anderen Differenzen der Gruppe verwiesen zu werden. Angesichts dessen erfolgt innerhalb der Werkstätten stets der Verweis auf die bis hierhin erarbeiteten Kriterien - der gegenseitigen Achtung individueller Bedürfnisse und dem Bedarf eines inklusiven und offenen Diskurses jenseits von ‚(Gruppen)Zwängen‘ oder ‚Kosten-Nutzen-Abwägungen‘ - anhand derer dann ein wünschenswerter Zusammenhalt innerhalb einer Gruppe verhandelt werden kann. Welche Regeln und Bedingungen konkret aus einem solchen Diskurs entspringen und wie ein wünschenswerter Zusammenhalt auf dieser Basis konkret aussieht, lässt sich nicht allgemein bestimmen. Dies kann, je nach Gruppe und ihren Akteur*innen natürlich stark variieren, was kaum verwunderlich erscheint, da jeder Freundeskreis, jede Vereinsstruktur, jede Nachbarschaft etc. in ihrer heterogenen Zusammensetzung ihrer Mitglieder etwas Einzigartiges darstellt. Daher liegt der Fokus in den Werkstätten eindeutig auf dem Aushandlungsprozess des Zusammenhalts und weniger auf seinem Output. Und ein wünschenswerter und resilienter Zusammenhalt (wie auch immer dieser sich

konkret ausgestaltet) scheint letztlich das zu sein, was einem gelungenen Aushandlungsprozess entspringt.

Nachdem das Gebilde der einzelnen Gruppe in Bezug auf Zusammenhalt dargestellt wurde, erfolgt in einem nächsten Schritt der Blick auf eine Herausforderung, der eine stets zunehmende Bedeutung in gesellschaftlichen und politischen Diskursen beigemessen wird: Kann es etwas wie einen gruppenübergreifenden, vielleicht sogar gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt geben? Und falls ja, wie kann ein solcher verhandelt und gestaltet werden?

6.2 Prozedurale Aushandlung von Zusammenhalt über Gruppengrenzen hinaus

Fachwissenschaftlicher Exkurs

Im Gegensatz zu Prozessen der Vergemeinschaftung, die durch einen ‚Wesenswillen‘ geprägt sind, d.h. verschiedene Menschen unter das Wesen eines bestimmten Identifikationsmerkmals subsumieren, bezeichnet Tönnies Formen, in denen das Individuum sich einem Kollektiv vor allem oder allein aus eigenem Interesse und Vorteil anschließt, als Vergesellschaftungsprozesse, geleitet von einem „Kürwillen“. Während Gemeinschaften Gefahr laufen, individuelle Interessen bis hin zu Rechten dem Zweck des Kollektivs unterzuordnen, besteht in Gesellschaften tendenziell die Gefahr, dass Individuen, sobald die Kosten-Nutzen-Rechnung nicht mehr zu ihren Gunsten ausfällt, diese verlassen. Diese Logik haben wir bereits im Zuge der Besprechung der zwei Arten von Solidarität - verstanden als ‚Mittel‘ und als ‚Zweck‘ - kennengelernt.

An dieser Stelle wollen wir den Fokus daher auf anders gelagerte Problemfelder von Vergesellschaftungsprozessen legen. Denn Gefährdungsmomente für eine Gesellschaft gehen nicht allein von egoistischen Individuen aus, sondern, ganz ähnlich zu Vergemeinschaftungsprozessen, ebenso vom Kollektiv in Richtung Individuum. Zwar wird seit dem Beginn der Moderne und besonders der französischen Revolution davon gesprochen, dass es so etwas wie ein emanzipatives Versprechen der Gesellschaft gibt, da moderne Gesellschaften ihren Mitgliedern, nun nicht mehr Untertanen, sondern Bürger genannt, zwar politische Emanzipation in Form negativer wie positiver Freiheitsrechte ermöglichen. Doch zeigt sich, historisch betrachtet, dass diesem Bürger-Dasein von Beginn an Reste des alten Untertanenverständnisses innewohnen.

Dieses Problem moderner Vergesellschaftung beschäftigt die politische Philosophie und Theorie, die Soziologie und verwandte Wissenschaften, die nach dem „unmöglichen Ding Gesellschaft“ (Marchart) fragen, bis heute. Denn aus demokratietheoretischer Perspektive ist es eine unentschiedene und unentscheidbare Frage, ob und welchen „totalisierenden Effekt“ demokratische Gesellschaften benötigen und ab welchem Punkt solch ein Effekt Gefahr läuft, individuelle Frei-

heitsrechte zugunsten gesellschaftlicher Stabilität, Homogenität usw. zu kassieren - eine Sache der Abwägung, die nicht in der Theorie, sondern allein in der jeweiligen Praxis der Vergesellschaftung immer wieder aufs Neue ausgehandelt werden muss. Marchart spricht sich diesbezüglich für einen Mittelweg zwischen fundamentalistischen und antifundamentalistischen Gesellschaftstheorien aus, den er Postfundamentalismus nennt. Dieser Postfundamentalismus zeichnet sich dadurch aus, dass er anerkennt, dass „obwohl Gesellschaft nicht ultimativ zu gründen ist, [...] sie dennoch provisorisch gegründet werden“ (Marchart, 2010:246) müsse. D.h. dass jeder Prozess der Vergemeinschaftung eine Basis, etwas Gemeinsames braucht, um überhaupt entstehen zu können, dass aber diese Basis immer wieder zur Disposition gestellt, hinterfragt und ausgehandelt werden muss. Ein solcher Vergemeinschaftungsprozess brauche keine transzendenten, keine rational-universalistischen Gründe. Es braucht demokratische Bereitschaft, d.h. Bereitschaft zur demokratischen Aushandlung eines geteilten Grundes und keine ‚wirklich-wahren‘ Gründe, die vermeintlich demokratische Institutionen begründen und sichern. Demokratie ist in dieser Sicht keine Gesellschaftsform, d.h. kein politisches System, sondern eine Lebensweise.

Literaturvorschlag

Foucault, Michel (1975) - *Überwachen und Strafen: Die Geburt des Gefängnisses*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Lefort, Claude (2021) - *Die leere Mitte: Essays 1945-2005*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Marchart, Oliver (2013) - *Das unmögliche Objekt: Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Marchart, Oliver (2010) - *Die politische Differenz: Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.

Aushandlung in den Werkstätten

Die Frage nach gesellschaftlichem Zusammenhalt hat, wie in der Einleitung dargestellt werden konnte, auf verschiedensten Ebenen, sei es die politische, wissenschaftliche oder wirtschaftliche, seit einigen Jahren Konjunktur. Ein solcher Zusammenhalt wird oftmals mit dem Ideal verbunden, dass es einen Kitt geben müsse, der alle Menschen auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene, zum Beispiel auf der Ebene eines Nationalstaates wie Deutschland, eint. So werden in verschiedenen Diskursen unter anderem die Verfassung oder aber auch der kontroverse Begriff einer deutschen ‚Leitkultur‘ herangezogen, um einen solchen Kitt zu begründen. Die Frage, wie ein wünschenswerter Zusammenhalt über Gruppengrenzen hinausgehend gestaltet werden könnte, beschäftigt auch die Dortmunder*innen innerhalb

der Werkstätten intensiv. Es kann aber vorweggenommen werden, dass hier die Notwendigkeit der bereits dargestellten inklusiven Kommunikationsräume eine zentrale Rolle einnehmen wird. Doch zunächst lohnt sich der Blick auf zwei gehaltvolle Erkenntnisse, die aus den Verhandlungen diesbezüglich durch die Teilnehmer*innen festgehalten wurden. Zum einen ist dies die Ansicht, dass eine *Abgrenzung der Eigen- zur Fremdgruppe* etwas ganz ‚Natürliches‘ an sich habe, was keineswegs per se negativ zu bewerten ist. Zweitens ist es gemäß den Teilnehmer*innen vollends normal, gar notwendig, dass es *Dissens zwischen verschiedenen Gruppen* geben kann.

Der Begriff der Abgrenzung scheint gerade in der Verhandlung um gesellschaftliche Themen oftmals negativ konnotiert zu sein. Auch in den Werkstätten spielt dieser Begriff eine große Rolle, wenngleich er hier anders ausgestaltet wird. So erwächst aus dem menschlichen Grundbedürfnis nach (Gruppen)Zugehörigkeit zeitgleich automatisch auch stets ein Abgrenzungsmoment:

Kerstin: „Und auch wenn es sich blöd anhört, auch Abgrenzung anderen halt. Eine Zugehörigkeit heißt immer ich gehöre hier zu, also gibt es irgendwo eine Frontiere also, sprich irgendwo auch eine Grenze so, ja? Man sagt halt, ok, gehöre zu Borussia. Ich bin in der Nordstadt also bin ich nicht in der Südstadt. So.“ [GW 2]*

Elif: „Ja, doch spätestens wenn ich sage, alle Leute auf dem Globus gehören zusammen, habe ich alle die, die irgendwo im Universum stehen. Also ich setze schon Grenzen. Also es ist die Frage der Weite der Grenzen, aber ich setze immer wieder Grenzen, auch wenn ich sage, wir Menschen, es ist immer eine Grenze.“ [GW 5]*

Abgrenzung an sich ist also zunächst nicht negativ zu bewerten. Vielmehr handelt es sich hierbei um einen neutralen Begriff, der ähnlich wie Zusammenhalt davon abhängt, wie er ausgestaltet wird. Zunächst aber scheint Abgrenzung die logische Konsequenz der Selbstverortung zu sein und zwar unabhängig davon, wie groß dieser Rahmen der Selbstverortung gezogen ist. Wenn es also darum geht, dieses Phänomen zu bewerten, ist es gemäß den Teilnehmer*innen nicht entscheidend, ob Abgrenzungen stattfinden, sondern wie diese Grenzen durch die Menschen gestaltet, gelebt und verargumentiert werden:

Jannis: „[...] So Gruppen sind toll, man fühlt sich aufgehoben. Aber man tendiert total dazu, das sieht man auch auf Schulhöfen, zu sagen, so, wir sind hier die Clique. Wir machen unseren Kreis jetzt mal zu [...]. Man muss wirklich auch wieder selber gucken, dass man nicht sagt, ach, ich bin jetzt hier angekommen, ich habe hier ganz toll all meine Positionen. Sondern dass man wirklich offenbleibt. Dass man, wenn*

*neue Leute kommen, die sich auch aufgehoben fühlen. Ja?“
[GW 4]*

Die Tatsache, dass sich Menschen aufgrund diverser Gemeinsamkeiten zu Gruppen zusammenfinden und dadurch auch immer ein gewisses Maß an Abgrenzung stattfindet, impliziert nicht, dass diese Gruppengrenzen automatisch starr und verschlossen sein müssen. Vielmehr betonen die Teilnehmer*innen, dass eine möglichst durchlässige und inklusive Gestaltung von Gruppen der Verhandlung eines gruppenübergreifenden Zusammenhalts zuträglicher wäre, als eine stark exkludierende. Ferner kommt es auch darauf an, wie Abgrenzungsmechanismen verargumentiert werden:

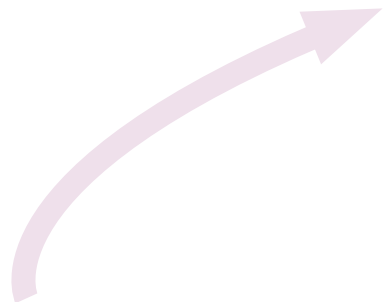
Tobias*: „Also es gibt ja zwei Formen von Abgrenzung im Grunde, ne? Einmal grenze ich mich ab indem ich die andere Gruppe schlecht mache, ne? Oder ich grenze mich ab, weil ich das Positive an meiner Gruppe sehe. [...] Also Inklusion zum Beispiel hatte ich jetzt mal aufgeschrieben. Da hast du ja viele kleine, bunte Bällchen, die irgendwie dann aber doch einen Ball ergeben. [...]“ [GW 2]

Dementsprechend werden jene Abgrenzungen als problematisch angesehen, die auf einer bewussten Abwertung einer anderen Gruppe basieren. Dies bedeutet keineswegs, dass in den Werkstätten davon ausgegangen wird, dass es keinen Dissens zwischen verschiedenen Gruppen (aber selbstredend auch innerhalb der eigenen Gruppe) geben darf. Es sei in einer demokratischen Grundordnung sogar zwingend notwendig, dass divergierende Ansichten, Ziele und Überzeugungen (privater, ideologischer oder politischer Natur) nebeneinander gleichberechtigt koexistieren können. Von entscheidender Bedeutung ist also abermals nicht *ob*, sondern *wie* ein Dissens gelebt und verhandelt wird:

Frauke*: „Ja, aber wo man Grenzen, auch des friedlichen Miteinanders findet. Ich erlebe das immer da, wo so Extreme aufeinanderstoßen. Und wo die Leute sich eben überhaupt gar nicht bemühen mal zuzuhören und mal zu schauen, wer ist denn das überhaupt? [...] Und wo die Leute in ihren Extremen gefangen sind im Grunde, ja. Und in ihrem Cluster sozusagen. Völlig sich aufhalten in ihrem Milieu oder wie wir das auch immer nennen wollen. Und wo diese Begegnung nicht stattfindet. Da habe ich das Gefühl, da ist schnell so ein Schritt erlebt oder gemacht, wo man, ja das Friedliche auch verlässt.“ [GW 6]

Daher folgt der Verweis auf die Problematiken im Umgang mit Differenzen und dementsprechend auch auf die Hindernisse einer möglichen Verhandlung eines wünschenswerten Zusammenhalts, der über Gruppengrenzen hinaus gestaltet werden könnte: Mangelnde Bereitschaft zur Kommunikation sowie die Abwesen-

heit von inklusiven und offenen Diskursräumen, in denen eine solche Aushandlung überhaupt erst stattfinden kann. Doch was bedeutet dies konkret für die Perspektive eines gruppenübergreifenden Zusammenhalts? Diesbezüglich erfolgt innerhalb der Werkstätten der Rückgriff auf die bereits erarbeiteten Kriterien und Bedarfe in Form der Kommunikationsbereitschaft, der gegenseitigen Achtung von Bedürfnissen sowie der Notwendigkeit von offenen Aushandlungsräumen. Nur wird hier eine übergeordnete Ebene in den Vordergrund gerückt, welche eine gesellschaftliche Sphäre über einzelne Gruppengrenzen hinaus abbildet. Die Gestalt dieser Sphäre ist hierbei zunächst weniger von Bedeutung und nicht anhand einer festen Größe definiert. Vielmehr ist sie auf multiplen Ebenen denkbar, sowohl im Kleinen als auch im Großen. So kann es sich beispielsweise um eine Nachbarschaft, einen Stadtteil oder eine Stadt als Ganzes handeln, aber auch um eine Region (z.B. Ruhrgebiet oder Rheinland). Auch eine nationalstaatliche Ebene wäre denkbar, wenngleich die Verhandlung darüber innerhalb der Werkstätten eher einen sekundären Stellenwert einnimmt. Daher liegt der Fokus auch bei der Verhandlung eines wünschenswerten Zusammenhalts über Gruppengrenzen hinaus auf dem Prozess, welcher sich nun mit einigen Ergänzungen wie folgt skizzieren lässt:



Metaebene

- Zusammenhalt, egal wie dieser ausgestaltet ist, kann nicht für sich alleine gelebt und erfahren werden
- Zusammenhalt ist zunächst ein neutraler Begriff, dessen qualitative Bewertung in Abhängigkeit zu seiner Ausgestaltung steht

Bedarfsebene

- Wechselverhältnis von Zusammenhalt und Bedürfnissen - Eine wünschenswerte Form von Zusammenhalt befriedigt menschliche Bedürfnisse nach Zugehörigkeit, Sicherheit, Geborgenheit etc., die wiederum als Grundlage für Zusammenhalt verstanden werden können
- Damit ein wünschenswerter Zusammenhalt auf der kommunikativen sowie der Bedürfnis-Ebene gestaltet werden kann, bedarf es:
 - Einer Grundbereitschaft zur Kommunikation
 - Reziprozität (Wechselseitigkeit)
 - Toleranz, Respekt, Offenheit

Bedarf



- Inklusive und offene Kommunikationsräume in denen
 - alle Akteur*innen gleichberechtigt partizipieren können,
 - gehört werden und Resonanz erfahren und
 - Aushandlungsprozesse welche durch die Akteur*innen jenseits von Kosten-Nutzen-Abwägungen und Zwängen gestaltet werden können

Gruppe	Gruppenübergreifend
<p>Der Wunsch nach Zugehörigkeit, gemeinsam geteilte Bedürfnisse, Ziele und Interessen bilden die Grundlage für Gruppen. Jede Gruppe lässt sich als heterogen zusammengesetztes Kollektiv begreifen, da jedes Mitglied neben dem gemeinsam Geteilten selbststredend auch ganz individuelle Vorstellungen, Ideen vertritt und Bedürfnisse berücksichtigt sehen möchte. In Bezug auf die Verhandlung eines gruppenbezogenen Zusammenhalts beziehen sich die Bedarfe hierzu folglich auf eine <i>interne Sphäre</i>. Innerhalb dieser Sphäre muss ein Raum geschaffen werden, in dem alle Akteur*innen:</p> <ul style="list-style-type: none">■ gleichberechtigt ihre Bedürfnisse artikulieren können,■ gehört werden und Resonanz erfahren,■ frei von freiheitsbesneidenden Zwängen und Exklusionsangst agieren können <p><i>Beispiel:</i> Das individuelle Gefühl von Geborgenheit, Zugehörigkeit oder Sicherheit in einem Freundeskreis wird dann hinreichend berücksichtigt, wenn keine Angst vorherrscht, bei einer abweichenden Meinung, divergierenden Bedürfnissen oder anderen Differenzen der Gruppe verwiesen zu werden. Wenn alle Mitglieder eines Freundeskreises wissen, dass jede*r von ihnen jederzeit seine Anliegen in einen inklusiven und offenen Diskurs in der Gruppe einspeisen kann, ist eine Basis für die Gestaltung eines gruppeninternen Zusammenhalts gegeben.</p>	<p>Die Bedarfsebene einer gruppenübergreifenden Verhandlung von Zusammenhalt lässt sich hier in einer <i>öffentlichen Sphäre</i> verorten. Das Vorhandensein von unterschiedlichsten Gruppierungen mit jeweils ebenso teils konfigrierenden Wertevorstellungen, Interessen und Zielen entspricht der gesellschaftlichen Realität. Für ein an Zusammenhalt orientiertes Miteinander aller Gruppen scheint eine Verhandlung über bestimmte Regeln und Bedingungen unabdingbar. Daher bedarf es eines öffentlichen Raumes, der:</p> <ul style="list-style-type: none">■ inklusiv und offen gestaltet ist, sodass alle Gruppen gleichermaßen Zugang erhalten■ jeder Gruppe ermöglicht, ihre Interessen gleichberechtigt vorzutragen und somit■ jede Gruppe gehört wird und Resonanz erfahren kann <p><i>Beispiel:</i> In Dortmund kann dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit, Sicherheit, Geborgenheit am besten Rechnung getragen werden, wenn sich alle Gruppen in einem inklusiven städtischen Raum wiederfinden, von dem sie wissen, dass ihre Interessen innerhalb dieses Raumes jederzeit in einen geöffneten Diskurs eingespeist und verhandelt werden können, ohne befürchten zu müssen, aus der städtischen Öffentlichkeit exkludiert zu werden. Das Gelingen dieses Prozesses bildet die Basis für die Verhandlung und Gestaltung eines gruppenübergreifenden Zusammenhalts.</p>

6.3 Inklusiv und barrierefrei gestalteter Diskurs als stetige Form von Zusammenhalt

Was ist der Zusammenhalt, welcher seit einigen Jahren gefühlt vor allen anstehenden Wahlen auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene beschworen bzw. als Wahlversprechen propagiert wird? Wer gehört zu einem ‚Wir‘ und wie soll dieses ‚Wir‘ aussehen, das angesichts von polarisierenden Debatten über eine ‚Leitkultur‘ im Mittelpunkt der Verhandlung steht? Was genau fehlt eigentlich, wenn in Politik-Talkshows zur Prime Time von einem fehlenden Zusammenhalt geredet wird? Bezogen auf diese provokativen Leitfragen muss zunächst angemerkt werden, dass sich aus den Analysen der Gruppenwerkstätten mit Bürger*innen aus Dortmund keine übergreifende Definition von Zusammenhalt ableiten und formulieren lässt. Zudem kann auch kein Katalog aufgestellt werden, der den Anspruch erheben könnte, sämtliche Facetten und Ausprägungsformen von Zusammenhalt zu berücksichtigen, was auch der heterogenen Zusammensetzung der einzelnen Werkstätten sowie der Diversität der verschiedenen Werkstattgruppen im Vergleich geschuldet ist. Dies ist angesichts der Verhandlungen eines Zusammenhalts auch gar nicht zielführend, da die Teilnehmer*innen selbst keine Priorität auf die Erarbeitung einer allgemeingültigen Begriffsdefinition oder eines festen Katalogs gelegt haben. Vielmehr ist es der Aushandlungsprozess, aus dem die Verhandlung eines wünschenswerten Zusammenhalts hervorgeht, der sich innerhalb der Werkstätten einheitlich abbilden lässt. Hier wird deutlich, dass der inklusive und barrierefreie Diskurs im Zentrum der Aushandlungen rund um die Schaffung und Gestaltung eines wünschenswerten Zusammenhalts steht. So verweisen sämtliche zentrale Fragestellungen nach beispielsweise:

- der qualitativen Bewertbarkeit von Zusammenhalt
- den Regeln und Bedingungen, unter denen ein wünschenswerter Zusammenhalt verhandelt werden kann
- der gruppeninternen sowie gruppenübergreifenden Gestaltung und Verhandlung von Zusammenhalt, insbesondere in Hinblick auf (Werte)Heterogenität und Dissens
- den strukturellen und inhaltlichen Voraussetzungen für eine inklusive Verhandlung von Zusammenhalt

auf die Notwendigkeit eines barrierefreien Diskurses. Die Teilnehmer*innen definieren also keine feste Begriffsbestimmung dessen, was Zusammenhalt ist oder wie er im Einzelnen auszusehen hat. Stattdessen beleuchten sie einen vorgelagerten kommunikativen Prozess, auf dessen Basis überhaupt erst einmal die Voraussetzung geschaffen werden kann, dass Menschen innerhalb ihrer Gruppe/Gemeinschaft bzw. ihres Kollektivs sowie (gruppen)übergreifend einen gemeinschaftlich erstrebenswerten Zusammenhalt gestalten können. In einem solchen Diskurs gewähren sich die Akteur*innen:

- Respekt, Empathie und Offenheit und garantieren sich somit auch die gegenseitige Achtung ihrer Bedürfnisse
- die Gestaltungshoheit in Bezug darauf, dass sie selbst es sind, die als zentrale und aktive Gestalter*innen einer an Zusammenhalt orientieren (grenzüberschreitenden) Gemeinschaft in Erscheinung treten.

Ein inklusiver Diskurs erfüllt somit drei zentrale Elemente, die eine Basis für einen wünschenswerten Zusammenhalt bilden:

- gehört werden und Resonanz erfahren
- ein auf Wechselseitigkeit basiertes Handeln
- die gegenseitige Achtung (emotionaler) Grundbedürfnisse.

Daher ist es der Prozess, der als Wegbereiter für einen resilienten gesellschaftlichen Zusammenhalt in Erscheinung tritt, dessen Gestaltung den Bürger*innen überlassen ist. Die Teilnehmer*innen weisen sich als Gestalter*innen des Zusammenhalts aus. Zugleich treten sie auch in der Rolle von Expert*innen in Erscheinung, wenn es darum geht, beurteilen zu können, wo etwaige Barrieren vorhanden sind und Handlungsbedarf besteht. Welche Barrieren und Handlungsbedarfe dies sind, soll im folgenden Abschnitt genauer betrachtet werden und zwar auf der Problem- aber auch auf der Problemlösungsebene.

3. TEIL - HERAUSFORDERUNGEN, PROBLEME UND BARRIEREN DES ZUSAMMENHALTS

Es konnte bereits festgehalten werden, dass Zusammenhalt und dessen inklusive Verhandlung nicht als selbstverständlich gegeben angesehen werden kann, sondern dies eine zu bewältigende Herausforderung darstellt. Im Zentrum stehen hier inklusive und offene Diskursräume, die es beispielsweise innerhalb einzelner Gruppen oder einer gruppenübergreifenden öffentlichen Sphäre (z.B. Nachbarschaft, Stadt, Region etc.) zu erschließen gilt. Zeitgleich diagnostizieren die Teilnehmer*innen der Werkstätten multiple Ungleichheitsstrukturen, die einen gleichberechtigten Zugang zu eben diesen Verhandlungsräumen erschweren oder in manchen Fällen gar verunmöglichen. Da es sich hierbei zu großen Teilen um Barrieren *struktureller Natur* handelt, wird hier die Handlungsverantwortung, wie im Vorigen bereits angedeutet, insbesondere an staatliche Organe und Institutionen kommuniziert.

7. Multiple Formen sozialer Ungleichheit als Hemmnis für Zusammenhalt

Die größte Barriere, der es entgegenzuwirken gilt, tritt innerhalb der Werkstätten in Gestalt eines *entgrenzten Kapitalismus* (7.1) als ‚Mutter aller Probleme‘ in Erscheinung, die eine *wachsende (soziale) Ungleichheit* zur Folge hat. Dies wird unmittelbar anhand von *Desintegrationsprozessen* aber auch anhand einer *schwindenden Akzeptanz (kultureller) Diversität* abgebildet, die in Gestalt von gesellschaftlichen Spaltungslinien zu Tage treten. Darüber hinaus werden zwei weitere zentrale Problembereiche identifiziert, innerhalb derer sich der kapitalistische Problemgegenstand manifestiert: *Segregation* (7.2) und *Bildungsungleichheit* (7.3). Wie diese Barrieren beschrieben werden, welcher konkrete Handlungsbedarf aus ihnen erwächst und wie potentielle Problemlösungsstrategien gestaltet werden können, soll im Folgenden ausführlich dargestellt werden.

7.1 Kapitalistische Verwertungslogik

Fachwissenschaftlicher Exkurs

Nachdem mit dem Untergang der UdSSR und bis in die ersten Jahre des neuen Jahrtausends im Westen ein triumphaler Sieg der liberal-kapitalistischen Demokratien über den real-existierenden Kommunismus angenommen wurde, zeigt sich immer mehr, dass das glorreiche „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 2006) etwas vorschnell gefeiert wurde. Denn was als Ursache für den ‚Sieg‘ über den real-existierenden Sozialismus gesehen wurde, entpuppt sich zunehmend als ‚Mutter aller Probleme‘: Die scheinbar natürliche Verbindung von Demokratie, Liberalismus und

Kapitalismus. Den ideengeschichtlichen Ausgang nimmt diese Vorstellung bei britischen Philosophen des 18. Jahrhunderts wie John Locke oder John Stuart Mill, die das Privateigentum und dessen Schutz zu den grundlegenden Charakteristika einer freien Gesellschaft erklären. Auch wenn dieser Ansatz im historisch-sozialen Kontext als radikaler Freiheitsentwurf verstanden werden muss, hat sich diese Verbindung in den folgenden Jahrhunderten und in gesteigertem Maße in Zeiten eines entfesselten Finanzkapitalismus - der nichts mehr mit dem nahezu romantischen Eigentümeridealen Lockes und Mills zu tun hat - in ihr Gegenteil verwandelt. Denn der Kapitalismus hat sein Versprechen als Modernisierungsmaschine längst eingebüßt und erscheint heute allein als „Teilungsmaschine“, wie Eva von Redecker festhält (von Redecker 2020). Fraglich ist, ob er dieses Versprechen überhaupt zu irgendeiner Zeit jemals eingelöst hat, denn für die meisten Menschen bedeutete die Sicherung von Privateigentum keineswegs eine Befreiung, sondern stellte sie unter neue Besitz- und Herrschaftslogiken, die vielmehr neue Formen der Ungerechtigkeiten (der Verteilung, des Zugangs) produzierten und förderten, als dass von einer Emanzipation der Besitzlosen die Rede sein könnte.

Ein weiteres Problem, das mit der Vorstellung einer urwüchsigen Verbindung von Demokratie und Kapitalismus einhergeht, offenbart sich mit Blick auf die Suche nach alternativen Wirtschaftsformen, die nicht auf absolute Gewinnmaximierung und Ausbeutung fixiert sind. Denn auch wenn seit Jahrzehnten ein Bewusstsein um die Endlichkeit von Ressourcen und die sozialen Folgen einer auf ständigem Wachstum fußenden Wirtschaften vorherrscht, gelingt es alternativen Formen, die Nachhaltigkeit und Gemeinwohlorientierung in den Mittelpunkt stellen, kaum, sich gegen kapitalistische Logiken, gegen den (neo)liberalen Konsens, der weite Teile der Ökonomie und Politik dominiert, zu behaupten. Diese Politik der ‚Alternativlosigkeit‘ zum ratio-liberalen Kapitalismus, seit Thatcher als TINA-Prinzip (“There is no alternative”) bekannt, hat seit den 2009 aufbrechenden Finanzmarktkrisen ein fulminantes Revival erfahren und wird von Seiten einiger politischer Denker*innen wie Jacques Rancière, Chantal Mouffe oder Slavoj Žižek als „Post-Politik“ bzw. „Post-Demokratie“ (Colin Crouch) bezeichnet. Neben der Förderung und Rechtfertigung von gesellschaftlichen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, wird von diesen Autor*innen vor allem kritisiert, dass ein auf diesen Kontext reduziertes politisches Handeln einer Zweck-Mittel-Rationalität, einer - allein ökonomisch orientierten - Verwertungslogik untergeordnet wird.

Literaturvorschlag

Fukuyama, Francis (1992) - *The End of History and the Last Man*, The Free Press, New York.

Latour, Bruno (2017) - *Das terrestrische Manifest*, Suhrkamp, Frankfurt a.M.

von Redecker, Eva (2020) - *Revolution für das Leben: Philosophie der neuen Protestformen*, S. Fischer, Berlin.

Žižek, Slavoj (2021) - *Pandemie!: COVID-19 erschüttert die Welt*, Passagen Verlag, Wien.

Aushandlung in den Werkstätten

Sowohl die Möglichkeiten als auch die Bereitschaft zur gesellschaftlichen Partizipation wird in vielen Debatten als wichtiges Kriterium für eine funktionierende Demokratie und Gesellschaft gehandelt. Sich für eine demokratische Gesellschaft einzusetzen, gehört gemäß den Teilnehmer*innen der Werkstätten ebenfalls zu einer solchen Partizipation, weil diese die Grundlage dafür bildet, dass ein wünschenswerter Zusammenhalt im öffentlichen Raum inklusiv verhandelt werden kann. Jedoch wird die Partizipationsbereitschaft (aber auch Möglichkeit) durch soziale Ungleichheitsstrukturen gehemmt, was am Beispiel von mangelnder Protestbereitschaft gegen (Rechts)Extremismus nachvollzogen wird:

Monika: „[...] Das heißt ja es geht im Grunde genommen da voraus, dass ich als Person die Gesellschaft erstmal richtig und als gerecht empfinde. Und ich glaube dieses Gefühl auch, dass diese Gesellschaft in der wir leben gerecht ist, oder auch mir gegenüber gerecht ist, nachlässt. Eine Ungleichheit wächst. Menschen müssen zur Tafel gehen, viele Menschen haben da das Gefühl, die Gesellschaft in der wir leben ist zunehmend ungerecht. [...]“ [GW 4]*

Malik: „[...]]. Warum sollte ich mich für eine Gesellschaft einsetzen, verteidigen, demonstrieren, wenn ich kein Gerechtigkeitsempfinden in der Gesellschaft habe? Ja, wenn ich von meiner Rente nicht leben kann, aus dem Mülleimer Flaschen sammeln muss und ein deutscher Banker bekommt eine 40 Millionen Abfindung.“ [GW 4]*

Im Rahmen der Verhandlung von Demonstrationen gegenüber (Rechts)Extremismus wird deutlich, dass der Partizipationswillen an legitimen Protestformen auch davon abhängt, inwieweit die Akteur*innen die (gegen Extremismus) zu verteidigende Gesellschaft überhaupt als ‚gerecht‘ ansehen. Angesichts einer wachsenden sozialen Ungleichheit vernehmen die Teilnehmer*innen eine unmittelbar negative Auswirkung auf die Partizipationsbereitschaft sowie die Gefahr von zunehmender Desintegration. Unterlegt wird dies noch durch eine weitere Bestandsaufnahme hinsichtlich der Beteiligung an Protestformen gegen (Rechts)Extremismus:

Svenja: „[...]]. Also wenn die Rechten demonstrieren gibt es ja schon auch Gegendemonstrationen. Das sind aber immer die üblichen Verdächtigen. Das sind die klassischen Parteien, das sind die Kirchen, das sind die Wohlfahrtsverbände, das sind die Bunt-statt-Braun-Organisationen, sage ich mal. [...] Es sind aber, glaube ich, zumindest wie ich das kenne, zu neunzig Prozent immer die Gleichen. Es geht nicht vielleicht mal in die Tiefe und in die Masse der Menschen rein.“ [GW 3]*

Die Beteiligungsforen, wie hier beispielhaft dargestellt am organisierten (Gegen)Protest, werden also nicht von allen Menschen gleichermaßen genutzt. Tatsächlich scheinen es in großen Anteilen eben jene Akteur*innen zu sein, welche selbst schon über einen hohen Organisationsgrad und/oder Partizipationswillen sowie Möglichkeiten zur Partizipation verfügen. Demnach identifizieren die Teilnehmer*innen, dass der Zugang zu materiellen und immateriellen Ressourcen einen erheblichen Einfluss darauf hat, inwieweit, und von welchen Akteur*innen diverse Beteiligungsforen wahrgenommen werden.

Die Frage nach dem Zugang zu bzw. die Verfügbarkeit von materiellen sowie immateriellen Ressourcen berührt jedoch auch einen weiteren Problemhorizont. Parallel zu der wachsenden sozialen Ungleichheit wird nämlich auch eine abnehmende Akzeptanz gegenüber (kultureller) Diversität beobachtet. Dies zeige sich vor allem dann, wenn (kulturelle) Diversität anhand einer wirtschaftlichen Verwertungslogik evaluiert wird. Dies kann gemäß der Dortmunder*innen bereits am Beispiel der Gastarbeiter*innen-Politik der 1950er bis 1970er Jahre aufgezeigt werden:

Heinrich*: „[...] Die kommen her, die arbeiten drei, vier Jahre und dann verschwinden die ganz schnell. Die helfen gerade mal eben so dazu, dass wir unseren wirtschaftlichen Wohlstand erreichen. Und wenn wir den dann mit deren Unterstützung hingekriegt haben, dann dürfen sie alle wieder gehen. Und diese erste Generation, sage ich jetzt mal, diejenigen, die hierhergekommen sind, die sind dann-, da hat man gar nicht für nötig gehalten, die zu integrieren. [...]“ [GW 6]

Eben diese Verwertungslogik könne auch tagesaktuell anhand polarisierender Debatten (sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf politischer Ebene) sowie im Umgang mit Migrant*innen und Geflüchteten nachvollzogen werden. Dies wird insbesondere anhand der Verhandlung darüber deutlich, welcher Qualifizierungsgrad entscheidend dafür ist, dass Migrant*innen oder Geflüchtete als ‚erwünscht‘ beziehungsweise ‚von Nutzen‘ oder aber als ‚unerwünscht‘ angesehen werden:

Magda*: „[...] Da wäre ja noch diese andere Frage, ne? Muss man eigentlich nützlich sein, damit man ein Recht hat, hier zu sein? Das wäre die andere Frage. Das ist eine ganz fatale Logik.“ [GW 3]

Dies berührt folglich auch die inklusive Beschaffenheit öffentlicher Diskursräume, in denen Zusammenhalt verhandelt und gestaltet werden kann. Dieser offene und inklusive Charakter jener Räume ist nicht mehr gegeben, wenn Menschen, je nach (extern zugewiesener) Gruppenzugehörigkeit danach selektiert werden, welchen ‚Wert‘ oder ‚Nutzen‘ ihnen zugeschrieben wird.

Somit erfolgt innerhalb der Werkstätten ein Verweis auf Phänomene, die auch innerhalb der wissenschaftlichen Forschungspraxis breit behandelt werden. Hierzu

wurde auf Basis der ersten Ergebnisse aus der Analyse der durchgeführten Gruppenwerkstätten mit Dortmunder Bürger*innen ein Sammelbandartikel veröffentlicht. Unter dem Titel „Deliberative Räume als Gegenentwurf zu rechten Räumen - Das Projekt ZuNaMi“ gehen die Autor*innen der Frage nach, welchen Einfluss soziale Ungleichheit auf Desintegrationsprozesse hat, wie diese im Städtischen nachvollzogen werden können und wie Ansatzpunkte zur Problembewältigung aussehen könnten.

7.2 Physische und mentale Grenzziehungen durch Segregation

Fachwissenschaftlicher Exkurs

Der Segregationsbegriff in der Stadtsoziologie wurde maßgeblich durch die Chicago School geprägt, zu deren einflussreichsten Akteur*innen Park, Burgess und McKenzie zu zählen sind. Ihr Forschungsinteresse richtete sich auf Städte, insbesondere stetig und stark anwachsende Großstädte, welche die Forscher*innen ab dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts erstmals außerhalb von Bibliotheken und inneruniversitären Diskursen untersuchten, indem sie ohne einen geschlossenen Theorierahmen Feldforschung betrieben. So beobachteten sie konkret vor Ort das menschliche Verhalten innerhalb des Städtischen und behandelten die Stadt als Forschungsgegenstand, welcher vom Kleinsten aus mikroskopiert werden müsse, um dessen Sinnstruktur sowie das Handeln der Menschen in einer Stadt zu erschließen. Im Zuge der Forschungsbemühungen identifizierten die Forscher*innen, dass eine Art automatische Sortierung von Wohnraum im urbanen Raum stattfindet, sowohl entlang kultureller als auch ökonomischer Faktoren, wodurch Slums entstünden, was mit dem Segregationsbegriff gerahmt wurde. Angesichts dessen versteht McKenzie unter der Segregation eine Konzentration von Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Stadtgebietes, wobei jede segregierte Gruppe auf eine Kombination verschiedenster Selektionskräfte zurückzuführen ist. Die gängigste Selektionskraft ergebe sich hierbei aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb, welcher die ökonomischen Rahmenbedingungen für die verschiedenen Gruppen determiniert. Dies betrifft vor allem die Wahlmöglichkeit von Menschen innerhalb des Städtischen bezüglich ihres Wohnstandortes. Diese sei nämlich durch das ökonomische Niveau der Stadtbewohner*innen bestimmt. Je höher dieses Niveau sei, desto höher seien auch die individuellen Wahlmöglichkeiten, während Slums solche Gebiete darstellen, welche für die Bewohner*innen die geringsten Wahlmöglichkeiten aufweisen. Darüber hinaus identifiziert McKenzie innerhalb dieses ökonomischen Systems auch andere Selektionsmechanismen wie etwa Rasse, Religion, Sprache oder Kultur, die ebenfalls innerhalb der Bevölkerungsgruppen ihre selektive Wirkung entfalten (vgl. McKenzie 1974, 110).

In Anlehnung an grundlegende Elemente der Forschung der Chicago School kann die Segregation als räumliche Ungleichverteilung von verschiedenen Bevölke-

rungsgruppen verstanden werden, die anhand der Segregationskriterien des Soziologen Jens Dangschat abgebildet werden:

- „der sozialen Ungleichheit in der Wohnbevölkerung (nach Klassen, Geschlecht, Rasse, Ethnie, Haushaltstyp, Alter, sozialem Milieu und Lebensstilen – am besten gemessen in einer Kombination (Syndrom) aus Elementen der sozialen Lage und von sozialen Milieus),
- der Ungleichheit der städtischen Teilgebiete (nach Wohnraum-Merkmalen, nach infrastruktureller Ausstattung, Erreichbarkeit, Lage und Zuschreibungen von Attraktivität – am besten gemessen über Erreichbarkeitsindices in Kombination mit Qualitätsstandards),
- von Zuweisungsprozessen sozialer Gruppen zu Wohnungsmarktsegmenten (durch Marktprozesse, administrative Zuweisungen, soziale Schließungen in den Verhältnissen Makler(in)-Käufer(in), Eigentümer(innen)-Mieter(innen) und unter Nachbar(inne)n sowie
- des Interesses am Zusammenleben „Gleicher“ („freiwillige“ Segregation) vom *ethnic village*, über das Themenwohnen (leitende Wertvorstellungen) bis zur *gated community*“ (Dangschat 2014: 64).

Dementsprechend rahmt die Politikwissenschaftlerin Iris Young die Segregation als Problemgegenstand (Young 2000), da durch Segregationsprozesse die individuellen Lebenschancen von Menschen durch ihren Wohnraum geprägt sind. Zugleich lassen sich soziale Ungleichheiten und Privilegien räumlich abbilden welche wiederum innerhalb dieser Räume reproduziert sowie verfestigt werden. Während Bewohner*innen ‚unattraktiver‘ Quartiere über ihre Wohnadresse benachteiligt werden, nehmen auf der anderen Seite privilegierte Gruppen ihre Privilegien und die besagten Ungleichheiten in benachteiligten Wohngebieten gar nicht wahr, da sie es sich leisten können, sich räumlich von diesen abzugrenzen. Dies behindert letztlich die Schaffung inklusiver Diskursräume, in denen vor allem Menschen, die in besonderer Weise durch Ungleichheit betroffen sind, ein Forum geboten wird, in dem sie zu gleichen Teilen auf Augenhöhe mit privilegierten Gruppen in einen Diskurs treten, um somit die spezifischen Probleme ihrer Lebensrealität zu adressieren.

Literaturvorschlag

Burgess, Ernest W.; **Park**, Robert E.; **McKenzie**, Roderick D. (Hrsg.) (1967) - *The City* (Hrsg.), 4. Auflage, erstmals veröffentlicht 1925, The University of Chicago Press, Chicago & London.

Dangschat, Jens S. (2014) - *Residentielle Segregation*, in: *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration*, Gans, Paul (Hrsg.), ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Verlag der ARL, Hannover.

McKenzie, R.D. (1974) - *Konzepte der Sozialökologie*, in: *Materialien zur Siedlungs-*

soziologie, Atteslander, Peter; Hamm, Bernd (Hrsg.), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln.

Young, Iris Marion (2000) - *Inclusion and Democracy*, Oxford University Press Inc., New York.

Aushandlung in den Werkstätten

Neben Desintegrationsprozessen und einer schwindenden Akzeptanz (kultureller) Diversität eröffnet sich für die Teilnehmer*innen in den Werkstätten ein weiteres Problemfeld, das mit den bereits dargestellten Barrieren eng verwoben ist. Segregationsprozesse werden innerhalb jeder Werkstatt als zentrale Herausforderung gerahmt. Soziale Phänomene wie ‚Othering‘, Rassismus, Konzentration und Reproduktion von sozialen Ungleichheiten, ausbleibende Begegnungen oder Spaltung - eben jene Problematiken werden in Verbindung mit Segregationsprozessen besprochen und als elementare Barrieren für einen (gruppen)übergreifenden inklusiven Diskurs über Zusammenhalt wahrgenommen. Innerhalb jeder Gruppenwerkstatt geraten hierbei der Dortmunder Norden und insbesondere die ‚Dortmunder Nordstadt‘ als gebrandmarkter Stadtteil in den Fokus. Erwähnenswert ist hierbei, dass sich der Diskurs über diese Stadtteile nicht nur auf das Lokale beschränkt, sondern sowohl regional als auch überregional regelmäßig als Versinnbildlichung einer ‚No-Go-Area‘ diskutiert wird. Die Teilnehmer*innen der Werkstätten sind sich der Marginalisierung dieser Stadtteile bewusst, rahmen diese allerdings nicht als ‚Angsträume‘ sondern betonen vielmehr die räumlich abgebildeten Ungleichheitsstrukturen in ihrer Heimatstadt. Diese werden anhand einer Nord-Süd-Unterscheidung nachvollzogen:

Sahid: „[...] Du hast von der Spaltung der Stadt gesprochen.*

So, es gibt, ich sage es jetzt mal vorsichtig, alles was südlich der B1 ist.

Und es gibt das, was nördlich der B1 ist. Und es gibt das ja nicht nur in, in Dortmund, sondern das zieht sich ja durch das ganze Ruhrgebiet durch.

Wenn man mal nachforscht. [...] Es ist ja auch ein Phänomen, dass im

Dortmunder Süden, ich sage jetzt mal, der Anteil von Menschen mit Flüchtlingserfahrung, der Anteil von Menschen mit anderer Hautfarbe viel geringerer ist als der im Norden. Und ich glaube nicht, dass es nur mit dem

Wohnumfeld zu tun hat. Das hat sicherlich auch was mit Preisen zu tun, aber es ist eine Spaltung der Gesellschaft. [...]“ [GW 6]

Marvin: „[...] Und die Spaltung können wir da draußen sehen, das ist nämlich die Bahngleise. Wir sind hier in der Nordstadt und das ist halt das Ankunftsgebiet für alle Migrantinnen die kommen. Und ich glaube sechzig Prozent der Bevölkerung sind auch migrantisch, das ist genauso auch der Sozialäquator, also es sind die sozial schwächer Gestellten leben hier. [...]“ [GW 1]*

Die unterbreiteten Lösungsvorschläge unterstreichen nochmals, dass das Problem-bewusstsein einen stark räumlichen Bezug hat und nicht etwa einzelne benachteiligte Gruppen oder gar die Diversität als Ganzes im Städtischen problematisiert wird. So könnten räumlich nachvollziehbare Barrieren einer inklusiven Aushandlung von Zusammenhalt auch eine räumlich orientierte Lösung zulassen. Diesbezüglich wird insbesondere der soziale Wohnungsbau als Instrument zur Schaffung eines offenen und barrierefreien Stadtraums hervorgehoben:

Maik*: *„Das kann man ja unter Umständen steuern, in dem man den Sozialen Wohnungsbau sich so anschaut, nämlich von oben. Und sagt, wir machen keine Ghettobildung, sondern wir bilden in allen Stadtteilen möglichst verteilt über ein ganzes Stadtgebiet oder ganze Ruhrgebiet, überall Wohnraum, der für alle möglichst so bezahlbar ist, dass es auch eine Durchmischung geben kann und muss. Das wäre vielleicht von oben betrachtet eine Lösung.“ [GW 6]*

Die angestrebte Durchmischung im Städtischen schließt hierbei auch die Schaffung barrierefreier (hier beispielsweise verstanden als Abwesenheit von exkludierenden monetären Barrieren wie hohe Eintrittspreise) Plätze und Orte, wie etwa Grünflächen, Parks oder Veranstaltungsorte mit ein. Neben Problembewusstsein und möglichen Lösungsansätzen erfolgt in den Werkstätten ebenfalls ein Diskurs über die Zuständigkeiten sowohl in Bezug auf die Verantwortlichkeit für- und die Bewältigung der Barrieren, die anhand von Segregationsprozessen nachvollzogen werden können. An dieser Stelle werden zwei Instanzen direkt adressiert:

Gudrun*: *„[...] Ein schönes Wortspiel mit Zusammenhalt wäre auch: Es müssen sich viele zusammentun, um laut „Halt!“ zu sagen gegen eine fortschreitende Privatisierung, die die Bürger in Kunden verwandelt. Die Bürger haben Rechte, die Kunden haben Kaufkraft. Und, da finde ich gibt es schon einen Megatrend in der Gesellschaft, der individualisiert und ökonomisiert. Wie gesagt, die Bürger, die Rechte haben, werden verwandelt in Kunden, die Kaufkraft mitbringen müssen, damit sie interessant sind. Da müssen sich viele zusammentun um halt zu sagen.“ [GW 3]*

Den genannten Maßnahmen wie sozialer Wohnungsbau stehen also auf der einen Seite privatwirtschaftliche Interessen im Weg. Die Kritik gilt hier vor allem dem Primat der Gewinnmaximierung beispielhaft dargestellt anhand von Immobilienkonzernen:

Bernd*: *„Ja, ja. Das stimmt. Bezahlbarer Wohnraum ist auch ein Punkt. Das ist nämlich auch der Spalter. Die gerechte Verteilung von Wohnraum, genau.“*

Emir: „Eine der größten Wohnbau- Wohnbesitzergesellschaft, die haben ihre Mieten so hochgesetzt, dass da Leute, die Hartz4 bekommen, die gar nicht in Betracht nehmen können. Das ist wenigstens - das ist rein rechtlich gesehen nicht richtig.“*

Nina: „Ja, das ist auch berechnet worden, das ist einfach so.“*

Bernd: „So kann man quasi jeden Mietpreistrend umgehen, das ist quasi nur Verarscherei und den Leuten irgendwas- das ist nur Effekthascherei.“*

Emir: „Das ist unmöglich sowas, schlimm, dass sowas geduldet wird. Das geht nicht.“ [GW 5]*

Jedoch werden nicht nur privatwirtschaftliche Akteur*innen als Hauptverantwortliche herangezogen und klar benannt. So kritisieren die Teilnehmer*innen wahlweise die Unwilligkeit oder Unfähigkeit staatlicher und politischer Institutionen (solche werden innerhalb der Werkstätten in vielen Fällen als ‚Die Stadt‘ gerahmt) sich der gewinnmaximierenden privatwirtschaftlichen Sphäre zu entziehen. So gilt die Planung, Gestaltung sowie Umsetzung des ‚Phoenix-Sees‘ als prominentes und vielfach angeführtes Beispiel für die Verschränkung privatwirtschaftlicher und (institutionalisierter) städtischer Interessen:

Johanna: „[...] Den Fehler, den sie gemacht haben war sicherlich auch noch Unternehmen zu beauftragen, die ganze Grundstücke, Massen aufgekauft haben. Und die hochgradig vermarktet haben. Wenn aber die Politik das so entschieden hat zu sagen, wir nehmen dieses Stück Land und verkaufen das meistbietend an die, die das Geld der Stadt bieten, damit die Stadt andere Projekte zahlen kann. Dann kann sie auch die Entscheidung umgekehrt fällen. Und das ist die Forderung von uns, die wir hier sitzen, ne, das umzusetzen. [...]“ [GW 6]*

Beispiele wie der ‚Phoenix-See‘ (aber auch die ‚Thier-Galerie‘) werden in den Werkstätten als Ausverkauf städtischer Räume an den Höchstbietenden gegen die Interessen der Stadtbewohner*innen gewertet. ‚Die Stadt‘ (im institutionellen wie politischem Sinne) wird somit neben privatwirtschaftlichen Akteur*innen angeklagt. Im Gegensatz zu der Privatwirtschaft, welche natürlicherweise gemäß den Marktmechanismen dem Primat der Gewinnmaximierung folgt, habe ‚die Stadt‘ aber in erster Linie die Aufgabe, das Gemeinwohl in Gestalt aller Stadtbewohner*innen zu verfolgen. Daher erfolgen neben der Anklage auch konkrete Forderungen, dieser Aufgabe gerecht zu werden:

Thea: „[...] Und ich finde es auch nicht schön, sage ich mal, in einem Stadtteil zu leben, wo ich Menschen anderer Couleur nicht sehe. Aber ich würde, ne, ich wünsche mir das. Und ich finde es ist die Pflicht der Politik dieser Stadt, dafür zu sorgen, dass das machbar ist.“ [GW 6]*

Somit weisen sich die Teilnehmer*innen als Expert*innen des eigenen Lebensraums aus. Zum einen identifizieren sie zentrale Missstände, welche direkt auf kapitalistische Verwertungslogiken zurückgeführt werden können. Zum anderen benennen sie die verantwortlichen Akteur*innen aus Privatwirtschaft und der (politischen) Stadtebene, wobei letztere dahingehend gemahnt wird, ihrer Aufgabe als gemeinwohlorientiertes Korrektiv gerecht zu werden.

7.3 Bildungseinrichtungen als Problem- und Chancenräume

Fachwissenschaftlicher Exkurs

Bildungspolitik ist Macht- bzw. Herrschaftspolitik. Und so spiegelt sich die kapitalistische Grundstruktur einer Gesellschaft auch und gerade in ihren Bildungseinrichtungen wider. Denn auch wenn das Interesse liberaler Denker*innen an einer ‚Bildung des Volkes‘ seit der Aufklärung durchaus emanzipativen Überlegungen folgt, muss festgehalten werden, dass die meisten Bildungsreformen der letzten Jahrhunderte, angefangen bei den preußischen Bildungsreformen bis hin zum Bologna-Prozess, vor allem einer Logik der Ausbildung von Untertanen, in Form preußischer Beamter bzw. marktfähiger Individuen folgen, als dass man sie als Versuche bezeichnen könnte, die ‚selbstverschuldete Unmündigkeit‘ der Menschen zu überwinden. Dieses Changieren zwischen emanzipativ-aufklärerischen Bildungsidealen und Untertanenausbildung bezeichnet Reinhold Zippelius als These der „Kultivierungsbedürftigkeit zur Demokratie“ (Zippelius 2003). Dahinter steht die Annahme, die sich bei Denkern von Kant über Rousseau und Hegel bis hin zu Habermas und Rawls findet, dass es zwar aus demokratischer Perspektive angebracht sei, Bürger*innen in politische Prozesse einzubinden, doch bedürfen die meisten Bürger einer vorherigen Erziehung, um überhaupt der politischen Partizipation fähig zu sein (Villa 2017).

Kritik gegen diese Behauptung einer Kultivierungsbedürftigkeit formulieren verschiedene Ansätze einer nicht-herrschaftlichen und partizipativen politischen Bildung, die Bürger*innen nicht zu einem funktionierenden Glied im Körper Gesellschaft formen wollen, sondern darauf zielen, Menschen zu befähigen, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen - und dies vor allem in kritischer Form. Beispielhaft für die Bandbreite solcher Ansätze steht die in den Gründungsjahren der Bundesrepublik zwischen Friedrich Oetinger „Partnerschaft“ (1953) und Theodor Litt „Politische Selbsterziehung des deutschen Volkes“ (1954) ausgetragene Kontroverse. Die beiden gegensätzlichen Grundsätze didaktischer Strategien einer demokratischen Erziehung bzw. Erziehung zur Demokratie, die hier verhandelt wurden, lassen sich

- vereinfacht gesprochen - dahingehend unterscheiden, dass auf der einen Seite der Fokus auf die lebensweltliche, partnerschaftliche Erfahrung des demokratischen Miteinanders und auf der anderen die Erziehung hin zu einem kritisch-theoretischen Blick auf politische Institutionen und Prozesse gelegt wird. Zwar gelang es im Verlauf der 1960er und -70er Jahre, diesen Dualismus in ein „komplementäres Konzept“ (Reinhardt 2009:861) zu überführen, doch ist dieser Konsens zu Beginn des neuen Jahrtausends wieder aufgebrochen.

Die Folgen dieser wiederbelebten Kontroverse erleben wir mit Blick auf die vorherrschenden Debatten innerhalb der politischen Bildung, in deren Kontext auch das ZuNaMi-Projekt zu verorten ist. Die Ergebnisse des Projektes weisen diesbezüglich in eine klare Richtung, nämlich die Oetingers. Denn sowohl Bürger*innen als auch politische Bildner*innen haben sich in den Werkstätten vor allem für eine lebensweltliche Demokratiebildung ausgesprochen. Dabei wurde eine institutionenkritische Perspektive à la Litts keineswegs komplett fallen gelassen, sie wurde jedoch eher als Folge bzw. Bestandteil einer lebensweltlichen Demokratiebildung verstanden.

Literaturvorschlag

Hedtke, Reinhold; **Zimenkova**, Tatjana (Hrsg.) (2013) - *Education for Civic and Political Participation: A Critical Approach*, Routledge Research in Education Series, London.

Litt, Theodor (1954) - *Politische Selbsterziehung des deutschen Volkes*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Oetinger, Friedrich (1953) - *Partnerschaft*, J.B. Metzler, Stuttgart.

Reinhardt, Sibylle (2009) - *Schulleben und Unterricht: Nur der Zusammenhang bildet politisch und demokratisch*, in: Zeitschrift für Pädagogik 55/6, S. 860-871.

Villa, Dana (2017) - *Teachers of the People: Political Education in Rousseau, Hegel, Tocqueville, and Mill*, University of Chicago Press, Chicago.

Zeppelius, Reinhold (2003) - *Geschichte der Staatsideen*, Beck, München.

Aushandlung in den Werkstätten

Schulen sowie Bildungseinrichtungen im Allgemeinen nehmen innerhalb der Werkstätten einen besonderen Stellenwert ein, wenn es um die Frage eines gesellschaftlichen Zusammenhalts geht. So werden den besagten Einrichtungen zwei zentrale Eigenschaften zugeschrieben. Auf der einen Seite können sie als *Chancenräume* begriffen werden sowie als (*interkulturelle*) *Begegnungsstätte* und *Ort der Demokratiebildung* (7.3.1). Auf der anderen Seite verkörpern Bildungseinrichtungen und ins-

besondere Schulen *Kristallisationspunkte sozialer Ungleichheit* (7.3.2), in denen die identifizierten Problemfelder in Form kapitalistischer Verwertungslogiken, Segregation und Bildungsungleichheit nicht nur abgebildet, sondern auch reproduziert werden.

7.3.1 Schule als Chancenraum

Positiv konnotiert tritt die Schule als Chancenraum sowie als Ort der (kulturellen) Begegnung in Erscheinung. Dies wird insbesondere von Teilnehmer*innen mit Migrations- oder Fluchthintergrund in den Vordergrund gestellt. So werden Bildungseinrichtungen oftmals als ‚Eintrittstor‘ in die Gesellschaft gerahmt:

Mohammed*: „[...] Durch die Schule hatte erst natürlich erstmal Deutsch weitergelernt, obwohl ich Integrationskurs gemacht habe. Man lernt noch andere Fächer, die ich natürlich- zum Beispiel Mathematik und Biologie und Philosophie und sowas. Man lernt auch andere Leute kennen. Kann man auch besser kennenlernen, Gesellschaft generell.“ [GW 6]

Bildungsinstitutionen dienen somit der gesellschaftlichen Teilhabe und sind zugleich der Ort, an dem elementare Schlüsselqualifikationen erworben werden können. Ersteres kann beispielsweise durch den Erwerb der deutschen Sprache erreicht werden aber auch dadurch, dass diese Institutionen als zentraler Ort der Begegnung mit anderen Lernenden fungieren. Jedoch muss sich dieses Potential keineswegs auf die einzelne Institution beschränken. So könnten etwa Schulen ebenfalls als Stätte des interkulturellen Austausches gedacht werden. So berichtet ein*e Teilnehmer*in mit Fluchthintergrund von einem organisierten Seminar in Kooperation mit dem Mallinckrodt-Gymnasium⁴:

Adil*: „Genau. Da wurde ich zu ein Seminar eingeladen. Ich mache auch so gerne Veranstaltungen. Und da wurde ich zu einem Seminar eingeladen, wo die auch die Schüler so Ausländer kennenlernen konnten. [...] Wenn die Kinder doch dürfen in diese Schule treten. Das würde es trotzdem funktionieren. Also ich war da mit einigen in der Schule, geht. [...] Sie ist Deutsche und katholisch. Und alle waren zusammen. Also das ist auch nicht so tragisch. Es wird funktionieren, wenn es erlaubt ist sozusagen. Oder wenn die auch die Möglichkeit haben mit, mit diesem Ausländer oder mit Muslime zusammenzukommen. [...]“ [GW 6]

⁴ Das hier erwähnte Mallinckrodt-Gymnasium ist ein katholisches privates Gymnasium in Dortmund in Trägerschaft des Erzbistums Paderborn.

Die Schule kann also als Begegnungsraum fungieren, in dessen Vordergrund der interkulturelle Austausch steht, wodurch ein Dialog zwischen verschiedensten Menschen entweder geschaffen oder aufrechterhalten werden kann. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund von Segregationsprozessen entscheidend, die sich auch innerhalb von Bildungseinrichtungen nachzeichnen lassen. Andererseits erfolgt durch das genannte Beispiel implizit auch der Verweis auf eine solche segregierte Schullandschaft, die zur Folge hat, dass interkulturelle und inklusive Begegnungen alleine durch das Schuleinzugsgebiet oder noch zusätzlich durch konfessionelle Exklusivität ausbleiben. Dies soll anhand des kommenden Unterkapitels allerdings noch genauer ausgeführt werden.

Auch wird hervorgehoben, dass in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen berufsqualifizierende Abschlüsse erworben werden können, was insbesondere für Menschen mit Fluchthintergrund elementar ist in Hinblick auf eine spätere Erwerbstätigkeit in Deutschland. Jedoch erfolgt besonders hier zugleich auch der Verweis auf bürokratische Hürden und Probleme, insofern, als dass bereits abgeschlossene Berufs- und Studienausbildungen von Geflüchteten teilweise nicht anerkannt werden:

Naila: „[...] Ja ich finde, dass das größte Problem ist nicht nur ich, es gibt viele Leute, die aus Syrien kommen und die kein Abitur und keine Zeugnisse haben und ja, sie haben eigentlich sehr gute Fähigkeiten, wie Computer zum Beispiel, es gibt Leute die zum Beispiel als Lehrerin gearbeitet haben in Syrien oder in Jordanien oder in der Türkei. Ja und leider haben die keine Chance in Deutschland einen Beruf zu finden ohne Abitur und Zeugnisse. Ja eigentlich das ist, ja ich habe große Problem damit gefunden und ich glaube nicht nur ich, sondern es gibt viele Leute, die sind so. Und ja eigentlich nicht nur Abitur, sondern auch Ausbildung. [...]“ [GW 5]*

Verhandelt werden hier also diverse Potentiale von Bildungseinrichtungen, sowie aber auch die Kehrseite, die zumeist mit Ungleichheitsstrukturen assoziiert wird. Und gerade bezogen auf Letztere wird eine weitere Chance innerhalb der Werkstätten formuliert. So ist es beispielsweise die Schule, der elementare Aufgaben zugesprochen werden, die mit den Kernzielen der politischen Bildung vergleichbar sind:

Esther: „Die Grundstrukturen zum einen physisch und dann aber auch die Grundstrukturen in Bildung und Befähigung der Leute. Das ist für mich das Wichtigste. Wir brauchen den Raum. Und wir müssen die Leute befähigen dazu überhaupt über solche Dinge nachzudenken. Nachdenken zu können. So das ist so das, was ich als Grundstruktur sehe für Zusammenhalt in der Gesellschaft.“ [GW 2]*

Moritz: “ [...] Würde ich sagen. Also, natürlich in der Schule schon anfangen. Irgendwie kulturelles Verständnis oder generell einfach ein Verständnis von Toleranz, Offenheit und Zusammenhalt vermitteln.“ [GW 3]*

Schulen werden somit als Lernort gerahmt, an dem demokratische Grundkenntnisse sowie wichtige Kompetenzen für eine mündige Partizipation innerhalb einer demokratisch verfassten Gesellschaft vermittelt werden sollten. Zeitgleich bergen diese Lerninhalte auch ein Sensibilisierungspotential, um gesellschaftliche Herausforderungen, wie etwa soziale Ungleichheitsstrukturen, zu erkennen, zu benennen und im öffentlichen Diskurs lösungsorientiert zu verhandeln. Jedoch bemisst sich die Qualität der genannten Lerninhalte auch an ihrer Methodik beziehungsweise an der Art und Weise, wie diese didaktisiert und vermittelt werden.

Angelehnt daran betonen die Teilnehmer*innen, dass es für die politische Bildung im Sinne einer Demokratiebildung innovativer Konzepte sowie Lehr- und Lernmethoden bedarf, die über rein (rationalisierte) verfahrensorientierte Bildungsinhalte (z.B. Verfassungspatriotismus als Bildungsziel) hinausgehen. Daher wird die Wichtigkeit partizipativer Ansätze in den Vordergrund gestellt sowie diverse Formate politischer Bildung, die außerhalb des tradierten Klassenraums stattfinden. So wird beispielsweise die Arbeit des *Jugendring Dortmund* hervorgehoben. Im Arbeitskreis ‚Zukunft braucht Erinnerung‘ werden Schulklassen regelmäßig in die Konzipierung und Gestaltung von Gedenkveranstaltungen wie ‚Stolpersteinverlegungen‘ eingebunden, indem sie Biografien von NS-Opfern aufarbeiten und die Verlegung der ‚Stolpersteine‘ in einem würdigen Rahmen mitgestalten:

Katja*: „[...] es sind Schulklassen dabei. Die das auch ausgearbeitet haben, die die Lebensläufe geschafft haben, von den Personen, an die erinnert werden soll. Und das ist sozusagen auch das Ziel. Ich meine der Jugendring macht das ja in Dortmund. Dass er diese Stolpersteinverlegung koordiniert. Und das ist auch das Ziel, dass man junge Leute anzieht. [...]“ [GW 4]

Das Lernen und Lehren über Demokratie und eine demokratisch verfasste Gesellschaft wird innerhalb der Werkstätten ähnlich betrachtet, wie der Verhandlungsgegenstand des Zusammenhalts. So ist auch Demokratie in erster Linie etwas, was von Menschen ge- und erlebt wird und somit also auch emotional nachvollzogen werden kann. Daher müsse sich die politische Bildung im Sinne einer Demokratiebildung auch jener Formate und Methoden bedienen, die es den Schüler*innen ermöglicht, den Lerngegenstand durch direkte Partizipation zu erschließen. Doch genau an diesen innovativen Formaten mangelt es gemäß den Teilnehmer*innen im schulischen Alltag, was auf strukturelle Probleme der Schule als Institution zurückgeführt wird:

Tobias*: „[...] Wie schafft man es? Angebote machen? Für das Zusammenhalten? Noch mehr Aktionen von denjenigen, die Entscheidungen treffen oder die Stadt gestalten? Oder Eigeninitiative fördern? Ich meine ich komme aus der Schule und ich weiß, was möglich wäre an politischer Bildung in der Schule. Und das ist ein Jammertal. [...]“ [GW 4]

Tobias: „[...] Die Schule ist verkehrt organisiert. Aber ich will dagegenhalten. Wenn es jetzt eine Schulleiterin, zum Beispiel, mit Zivilcourage und Mut. Es gibt einzelne Schulen, die sich anders organisieren. [...] Und wo viele, tolle Projekte stattfinden. Da ist Eigeninitiative. Das gibt es auch. Sind aber Einzelfälle.“ [GW 4]*

Bildungseinrichtungen in Gänze bieten also in Bezug auf gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie damit eng verknüpft auf Demokratiebildung enorme Chancen. Zugleich verweisen diese Institutionen, neben strukturellen Hürden und Problemen, aber auch auf Strukturen gesellschaftlicher Ungleichheiten und Spannungslinien. Diese gilt es abschließend noch einmal in Schul- und Bildungskontexten zu beleuchten.

7.3.2 Schule als Problemraum

Trotz aller Potentiale, die Schulen und Bildungseinrichtungen mit sich bringen, verweisen die Dortmunder*innen auf zentrale sowie gewichtige Probleme, die anhand jener Institutionen sichtbar werden. So wird die Schule in vielen Fällen nicht als inklusiver Raum der Begegnung für Gleichaltrige betrachtet, in dem Schüler*innen unterschiedlichster Couleur, sei es in Bezug auf Familienverhältnisse oder Herkunft, miteinander lernen. Vielmehr wird oftmals das Gegenteil diagnostiziert, angefangen mit dem Lernalltag an Grundschulen, sodass eine frühe Erfahrung der Schüler*innen mit Vielfalt in konfessioneller, sozialer oder ethnischer Hinsicht von vornherein behindert wird. Als entscheidender Grund werden hierfür Segregationsprozesse sowie das damit zusammenhängende Schuleinzugsgebiet der jeweiligen Bildungseinrichtungen problematisiert. Dies führt konsequenterweise dazu, dass die spezifische Zusammensetzung der Lernenden einzelner Bildungseinrichtungen die entsprechenden ethnischen und sozialen Ausdifferenzierungen des jeweiligen Einzugsgebietes widerspiegeln:

Sandra: „Aber das Ganze funktioniert ja auch nur, wenn wir nicht diese Extremfälle wieder haben, dass wir Schulen haben wo dann nur Deutsche oder nur Ausländer drauf sind. Das gibt es ja leider auch. Das ist ja prädestiniert dafür, da trennt man ja wirklich. Und da wird die Kluft natürlich immer.“ [GW 6]*

Sandra: „[...] Ist natürlich manchmal auch ein bisschen dem Einzugsgebiet geschuldet, weil da halt einfach die Verteilung vielleicht ein bisschen anders ist, aber trotzdem kann es nicht sein, dass manche Schulen, ja, vielleicht zwei Deutsche pro Klasse dann haben.“ [GW 6]*

Daher werden segregierte Bildungseinrichtungen als Kristallisationspunkte sozialer Ungleichheit in entsprechenden Quartieren gerahmt und zwar insbesondere dort,

wo sich vor allem einkommensschwache Haushalte (oftmals auch in Verbindung mit Migrationshintergrund) konzentrieren. Die Konsequenzen lassen sich hier vor allem auf der Ebene der sozialen Selbst- und Fremdwahrnehmung der entsprechenden Bildungseinrichtungen (aber auch der Lernenden) nachzeichnen. So bringt dies ein*e Teilnehmer*in anhand der individuellen Erfahrung eines Schulwechsels auf den Punkt:

Dünya: „[...] Also ich war auf einer Schule, also mit ihr, sie kann es ja bezeugen, wo Kinder Akademikerkinder waren. Das heißt die Eltern waren darunter Ärzte, Anwälte. Und das war für mich erstmal ein Schock. Ich wohne in Dortmund-Eving, also auch in Dortmund-Nord, ich war auf der Realschule in Eving, sowas gab es bei uns nicht. Das gab es nicht. Ich hatte kein einziges-ich hatte keinen einzigen Mitschüler in der Klasse, dessen Eltern Akademiker waren. Das käme überhaupt nicht in Frage bei uns, weil sonst wären die Kinder ja wie gesagt nicht auf der Realschule, sondern schon von vornherein auf dem Gymnasium. [...] Das war für mich einfach schockierend und ein kompletter Wechsel. Ich dachte mir, ich bin in einer ganz anderen Stadt gelandet. Das ist dieselbe Stadt gewesen. Nur die Anzahl der Migranten war da-ich war einer der wenigen.“ [GW 1]*

So lassen sich die im Kapitel über Segregation diagnostizierten Problemstellungen sowie der angemahnte Handlungsbedarf auch auf Bildungseinrichtungen beziehen. Segregation behindert (selbstredend neben einer Vielzahl weiterer sowie vielschichtiger Problemstellungen) auch in Bildungskontexten einen inklusiven Austausch unter den Lernenden und stellt somit letztlich eine Hürde für die Verhandlung eines resilienten, auf Inklusivität basierenden Zusammenhalts dar.

Schlussendlich wird vor allem speziell in schulischen Kontexten bemängelt, dass dort kapitalistische Grundgedanken gemäß Kosten-Nutzen-Kalkulationen sowie Gewinn- und Verlust-Denken erstmals verfestigt werden. Als Hauptursache wird hier das Notensystem als fast alleiniges Kriterium der Leistungsbeurteilung von Schüler*innen herangezogen. Aus diesem resultiere zum einen ein sozialer Vergleich in Bezug auf die individuelle Leistungseinschätzung der Schüler*innen untereinander. Zugleich entstünde aber auch eine Form des Drucks, überdurchschnittliche Leistungen zu erbringen, um die höchstmögliche Schullaufbahn zu durchlaufen, vor allem in Hinblick auf die spätere (berufliche) Wettbewerbsfähigkeit:

Dina: „Aber hast du das mit der Schulbildung gerade nicht gesagt, das fängt doch da schon an. Also das-„*

Julia: „Ja genau, ja natürlich.“*

Dina: „Fängt ja an, du bist besser als der, du hast ne 1, du hast ne 4, das fängt*

schon an, dass es ne Konkurrenz ist automatisch.“

Julia: „Ja.“*

Dina: „Also ich hab auch mal eine Mitschülerin, genau, also ich beispielsweise kriege ne Ablehnungsbescheinigung oder Zulassung, ist manchmal schon so, da wünscht man dem anderen so, pass mal auf, wenn ich den Platz nicht bekommen habe, dann gönn ich dir das auch nicht, das fängt da schon an [...].“*

Julia: „Ich meine darauf wird es ausgelegt.“ [GW 1]*

Resümierend kann festgehalten werden, dass Bildungsinstitutionen und vor allem die Schule als Orte gerahmt werden, an denen elementare gesellschaftliche (und demokratische) Mechanismen und Verhaltensformen vermittelt und erlernt werden. Ferner bergen diese Einrichtungen das Potential, als (interkulturelle) Begegnungsorte zu fungieren. Jedoch werden mit Bildungseinrichtungen aber auch jene Orte verknüpft, an denen soziale Ungleichheitsstrukturen abgebildet sowie reproduziert werden und zugleich auf Konkurrenz und Wettbewerb ausgerichtete Denkmuster verfestigt werden. Und gerade hier sehen die Dortmunder*innen Handlungsbedarf, da Kinder schon im Bereich der Primarstufen mit den genannten Problemen konfrontiert werden:

Dünya: „Sie ist ein Achtjähriges Kind, hat aber schon diesen enormen Druck, du musst aufs Gymnasium. Du musst. Es gibt keine Alternative. Und das fängt ja schon in der Grundschule an, sodass man sieben-, achtjährigen Kindern beibringt, dass es Gruppierungen gibt, die höhere Gruppe, die geringere Gruppe. Das Gymnasium gehört zu der elitären Gruppe, die Hauptschule ist weniger wert. [...] Ob das jetzt halt gewollt ist oder ungewollt, also das sind- in einem Alter von acht, neun, schnappt man sich das auf: Ja pass ma auf, Ich muss besser sein als Der. [...]“ [GW 1]*

8. Schlusswort

Was ist eigentlich Zusammenhalt? Ist Zusammenhalt per se etwas ‚Gutes‘? Wie entsteht Zusammenhalt? Wer schafft Zusammenhalt? Gibt es Barrieren, die Zusammenhalt erschweren oder gar verhindern? Wie könnten potentielle Maßnahmen aussehen, diesen Barrieren entgegenzutreten?

Diesen und weiteren Fragen galt es sich im Rahmen der vorliegenden Broschüre zu stellen. Und eines erscheint vor dem Hintergrund dieser Vielzahl an Fragen rund um den Begriff des Zusammenhalts ersichtlich geworden zu sein: Es handelt sich um einen Begriff, der weitaus komplexer ist, als es auf den ersten Blick, auch in öffentlichen Debatten, scheint. Dies wird anhand der hier dargestellten Perspektive aus der Dortmunder Stadtgesellschaft mehr als deutlich. Demnach kann und soll die Ergebnisbroschüre seitens der Autor*innen auch nicht als eine Art Handreiche verstanden werden, der eine kurze, prägnante Definition von Zusammenhalt oder ein fester Kriterienkatalog entnommen werden kann. Vielmehr verweisen die teilnehmenden Dortmunder*innen auf einen Prozess, der als Wegbereiter für einen resilienten gesellschaftlichen Zusammenhalt in Erscheinung tritt, dessen Gestaltung der lokalen Expertise der Bürger*innen überlassen ist. Und dieser Prozess sieht einen inklusiv beschaffenen Diskurs vor, zu dem alle Bürger*innen gleichermaßen Zugang haben. Hierfür bedarf es im Städtischen aber auch barrierefreier (physischer) Orte, deren Schaffung (oder Vorhandensein) gemäß den Dortmunder*innen jedoch durch wachsende soziale Ungleichheitsstrukturen und Segregationsprozesse bedroht wird.

Denn es sind eben jene physischen und barrierefreien Räume der erlebten Pluralität, in denen Narrative des Zusammenhalts entstehen und ausgehandelt werden können, was letztlich auch in einer aktiven Mitgestaltung des gemeinsamen Raumes Dortmund münden könnte. Und genau hier rekurren die Teilnehmer*innen auf ihre lokale Expertise und sind bereit, mit institutionalisierten Akteur*innen aus Politik und Stadt in einen gleichberechtigten Diskurs zu treten. Sie sind bereit, Verantwortung für die Entwicklung und Gestaltung des Zusammenhalts mitzutragen, bzw. ihre Expertise diesbezüglich zur Verfügung zu stellen. Somit könnten die vielfältigen individuellen Erzählungen - Narrative - des Zusammenhalts, die in einem durch die Teilnehmer*innen selbst strukturierten Aushandlungsprozess erschlossen wurden, maßgeblich an der Schaffung von Orten des Zusammenhalts im Städtischen mitwirken.

Vor dem Hintergrund ist Zusammenhalt, ähnlich wie Demokratie, ein Ideal und kein abgeschlossenes Produkt, was sich etwa auf Grundlage eines Wahlversprechens so einfach ‚vermehrten‘ lässt. Vielmehr verweist der Begriff auf einen stetigen Prozess, der sich immer wieder neu in einem inklusiven und offenen Diskurs bewähren muss.

Der Dank der Forscher*innen gilt hier vor allem den Teilnehmer*innen der Gruppenwerkstätten, ohne die das Forschungsvorhaben von ZuNaMi nicht hätte realisiert werden können. Hierdurch wurde einmal mehr deutlich, dass ein gelungenes gesellschaftliches Miteinander im Städtischen auf die lokale Expertise der Bürger*innen angewiesen ist, welche mindestens auf Augenhöhe mit anderen (z.B. wissenschaftlichen, (lokal)politischen oder stadtplanerischen) Expertisen in einem breiten Diskurs vertreten sein sollte.

Über die Autor*innen

Kevin Brandt, M.A.


Studierte Philosophie und Politikwissenschaft an der RWTH-Aachen und an der TU Dortmund und war als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt ZuNaMi an der Hochschule Rhein-Waal tätig. Zu seinen Forschungsinteressen zählen u.a. Städte-, Segregations-, sowie Partizipationsforschung. Im Rahmen des Projektes ZuNaMi beschäftigt er sich vor allem mit der theoriebasierten Rekonstruktion von Narrativen des Zusammenhalts im urbanen Raum.

Gerrit Tiefenthal, M.A.

Studierte Philosophie, Geschichte und Politikwissenschaften an der WWU Münster und der TU Dortmund. Neben seinem Studium arbeitete er als wissenschaftliche Hilfskraft in verschiedenen Instituten und seit 2015 als Aushilfe in der Auslandsgesellschaft, für welche er die Projektleitung von ZuNaMi als wissenschaftlicher Mitarbeiter übernommen hat. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Sozialphilosophie, der Politischen Theorie und der Wissenschaftstheorie.

Prof. Dr. Tatiana Zimenkova

Professorin für Soziologie an der Fakultät für Gesellschaft und Ökonomie sowie Vizepräsidentin für Internationales und Diversität an der Hochschule Rhein-Waal. Sie forscht, lehrt und publiziert zu Themen der Partizipation durch *minority learners*, Narrativen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Rahmung des Politischen im zivilgesellschaftlichen Engagement, politischer Teilhabe sowie zu *sexual citizenship*.



Wie steht es um den Zusammenhalt in der Gesellschaft? Wie wollen wir miteinander leben? Und wer sind ‚Wir‘ überhaupt? Diese und ähnliche Fragen bestimmen seit einigen Jahren die Diskussionsrunden in Politsendungen, im Feuilleton und an den Stamm- und Abendbrottischen der Republik. Zur Aushandlung dieser Fragen wurden im Rahmen des Praxis-Forschungsprojekts ‚ZuNaMi‘ Bürger*innen der Stadt Dortmund dazu eingeladen, miteinander über ihre Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenhalt in einer vielfältigen und inklusiven Stadtgemeinschaft zu beraten. Innerhalb dieser Ergebnisbroschüre sind es somit die Bürger*innen selbst, die in Rückgriff auf ihre geteilten Erfahrungen in einer konkreten Stadtgemeinschaft als lokale Expert*innen zu Wort kommen.